Nr. 32 Hamburg, den 11. August 1906 19. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰.

Inhalt: Die „praktische“ Arbeit der Sozialdemokratie. — Politische Umschau. — Erledigte Lohnbewegungen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Aus der Schweiz. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. Briefkasten. — Eingegangene Schriften. — Anzeigen.

Die „praktische Arbeit“ der Sozialdemokratie.

In einem Urteil über die Sozialdemokratie und selbstverständlich auch über die Gewerkschaften sind sich alle Gegner einig. Von den Blättern des besseren Freisinns bis hinunter zur gewerbsmäßigen Scharfmacherpresse, einschließlich der Organe der klerikalen Reaktionäre, hört man in regelmäßigen Intervallen die bald verlogen-bedauernden, bald heuchlerisch-entrüsteten Klagen über die „Unfruchtbarkeit“ der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Nach diesen Aeußerungen kann die Sozialdemokratie (wobei die Gewerkschaften immer mit gemeint sind) nur nörgelnde Kritik üben, verhetzen, den Klassenkampf schüren ꝛc.; sie ist aber absolut unfähig, für die Arbeiter irgendwelche greifbaren Vorteile zu erringen. So geht das Geheul in widerlicher Eintönigkeit fort. Diese edlen Seelen überschlagen sich aber förmlich vor sittlicher Entrüstung, wenn von der Arbeiterpresse pflichtgemäß auf die Mangelhaftigkeit unserer Sozialgesetzgebung hingewiesen wird. Dann kommt noch der dummpfiffige Vorwurf hinzu, wir verekelten den Arbeitern diese „Wohltaten“ und wir erschwerten durch unsere fortgesetzte Kritik deren weiteren Ausbau. Wie eine Kritik der bestehenden Gesetze deren Verbesserung erschweren kann, ist einfachen Menschen ein Geheimnis, dessen Tiefen sich erst dann entschleiern, wenn man sich in die Denkart eines gut erzogenen Hofhundes versetzt. Nämlich dann, wenn man glaubt, man dürfe die herrschenden Klassen und ihre respektiven Sachwalter durch keine Kritik erzürnen, da sie sonst ihre gnadenreiche Hand von den armen Hundeseelen abziehen würden.

Diese aus der „deutschen Bedientennatur“ geborene Auffassung lastet wie ein schwerer Fluch auf der ganzen bürgerlichen öffentlichen Meinung. Sie erstickt jede noch so berechtigte Entrüstung im Keime. Und lassen sich einmal einzelne Kreise der Bürgerlichen in der ersten Aufwallung gerechter Empörung zu kräftigen Tönen des Protestes hinreißen, so ist gewiß, daß sich sogleich die ganze Meute ihrer Genossen auf sie stürzt und daß sie selber schleunigst durch um so frömmeres Wohlverhalten die böse Entgleisung vergessen machen suchen. Die Arbeiterklasse hat, soweit sie ihre Stellung in Staat und Gesellschaft richtig erfaßt hat, von jeher diese Auffassung weit von sich gewiesen. Sie verzichtet darauf, sich Prämien für „gute Führung“ schenken zu lassen. Sie weiß, daß nur die Konzessionen wirklichen Wert für sie haben, die ihr durch ihre Machtstellung gemacht werden mußten. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet sie auch den Kampf um die Erweiterung und Verbesserung der Versicherungsgesetze. Die kleinen Partikelchen von Anerkennenswertem, was sie an sich haben, noch besonders zu loben und die Regierung und die herrschenden Klassen darob zu verhimmeln, hat sie nicht nötig. Viel nötiger ist es für sie, auf die Mängel und auf die Pflicht der herrschenden Klassen, diese Mängel zu beseitigen, hinzuweisen.

Dagegen hat es die Arbeiterschaft von jeher für ihre Pflicht angesehen, diese Versicherungsgesetze soweit als irgend möglich im eigenen Interesse auszunutzen, das aus ihnen herauszuholen, was herauszuholen war. Das war und ist auf diesem Gebiete die einzige „praktische Arbeit“, die überhaupt möglich war. Und sie wird in wahrhaft großartiger und großzügiger Weise von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften geleistet. Wer jemals über die praktische Arbeit der „extremen“ Arbeiterbewegung urteilen will, der sehe sich die Wirksamkeit der von ihr geschaffenen **Arbeitersekretariate** an.

Die Arbeitersekretariate sind eine spezifisch sozialdemokratische Gründung. Der verstorbene Reichs- und Landtagsabgeordnete Karl Grillenberger war es, der am 1. November 1894 zu Nürnberg das erste deutsche Arbeitersekretariat ins Leben rief. Seitdem haben sie sich in rascher Folge über das ganze Land ausgebreitet. Ueber ihre Tätigkeit im Jahre 1905 brachte das „Correspondenzblatt“ in einer seiner letzten Nummern einen ausführlichen Bericht, dessen Studium gerade zu dem Zweck, die praktische Arbeit der Sozialdemokratie kennen zu lernen, dringend empfohlen werden kann. Der Bericht ist zu umfangreich, um ihn vollständig abzudrucken, doch sei einiges davon wiedergegeben. In dem diesjährigen Bericht wird auch zugleich über die Auskunftstellen berichtet, die dort bestehen, wo sich die Gründung eines Sekretariats nicht ermöglichen läßt, d. h. wo die Organisationen zu schwach sind, um die Unterhaltungskosten aufbringen zu können und anderseits das Bedürfnis nach einem Sekretariat nicht so dringend ist.

An der Statistik für 1905 sind 67 Sekretariate und 111 Auskunftsstellen beteiligt, so daß die Berichte von 178 sich mit Rechtshülfe und Auskunfterteilung befassenden Instituten der Bearbeitung zu grunde lagen.

Nach den Berichten der Gewerkschaftskartelle werden von denselben 56 Arbeitersekretariate unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. Drei Sekretariate unterhält, wie sich aus den Berichten ergibt, der Bergarbeiterverband, und drei werden von der Generalkommission unterhalten, während die übrigen fünf teilweise von den Gewerkschaften ohne Mitwirkung der Kartelle und teilweise von Parteiorganisationen und -Redaktionen unterhalten werden. Von den 67 Sekretariaten üben 25 ihre Tätigkeit auf einem größeren Bezirk, sogar einige auf ganze Landesteile aus. So erstreckt sich das Tätigkeitsgebiet des Rostocker Sekretariats auf beide Mecklenburg. Daraus ergibt sich, daß nicht nur die Arbeiter in den 178 mit Sekretariaten und Rechtsauskunftsstellen beglückten Orten die Vorteile der Tätigkeit dieser Institute genießen, sondern daß die Bevölkerung einer weit größeren Zahl von Orten des segensreichen Wirkens dieser fast ausschließlich aus den durch die organisierte Arbeiterschaft aufgebrachten Mitteln unterhaltenen Instituten teilhaftig wird.

28 Sekretariate werden direkt von den Gewerkschaftskartellen verwaltet, während für 36 Sekretariate eine besondere Verwaltungskommission eingesetzt ist und 8 Sekretariate vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes verwaltet werden. 20 Sekretariate erteilen Auskunft nur an Organisierte und Organisationsunfähige, einschließlich der Angehörigen organisierter Arbeiter, dagegen wird von 47 Sekretariaten ausnahmslos an jedermann Auskunft erteilt.

Insgesamt wurden die Sekretariate von 283 767 Auskunftsuchenden im Laufe des Jahres 1905 in Anspruch genommen. Von den Auskunft bezw. Rechtshülfe Suchenden waren Arbeitnehmer und deren Angehörige 262 111, davon 40 921 weibliche Personen. 11 585 Auskunftsuchende waren selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und weitere 872 Auskunftsuchende waren Behörden, Vereine oder Korporationen.

Daß die große Mehrzahl der die Arbeitersekretariate frequentierenden Personen sich aus Arbeiterkreisen rekrutieren, ist erklärlich. Aber besonders bezeichnend für den guten Ruf und die allgemeine Beliebtheit der Sekretariate ist es, daß sie auch in so hohem Maße von Personen aufgesucht werden, die nicht dem Arbeiterstande angehören. Da die Gruppierung der Besucher in diesem Jahre in anderer Weise erfolgt ist, als in den Vorjahren, so läßt sich ein Vergleich nach dieser Richtung nicht anstellen. Dennoch darf behauptet werden, daß die Zahl der Besucher aus bürgerlichen Kreisen verhältnismäßig ebenso gestiegen ist, wie die der Besucher überhaupt. 57 507 Auskunftsuchende, einschließlich der Behörden und Vereine, haben im letzten Jahre die Sekretariate mehr in Anspruch genommen als im Jahre 1904, und 116 404 mehr als im Jahre 1901.

Die Gesamtzahl der von den Sekretariaten erteilten Auskünfte beträgt 295 374 (238 540 im Jahre 1904), von denen 38 102 (36 103) schriftlich erledigt wurden. In den Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle wurden insgesamt 20 572 Auskünfte erteilt. Demnach wurde im Jahre 1905 in den 178 von den organisierten Arbeitern unterhaltenen Instituten insgesamt in 315 946 Fällen Auskunft und Rechtshülfe gewährt. Welche Unmenge von Arbeit ist in diesen Zahlen ausgedrückt, besonders wenn man berücksichtigt, daß allein in den Sekretariaten zur Erledigung der dort anhängig gemachten Rechtsfälle sich die Anfertigung von 81 421 Schriftsätzen notwendig machte.

Von den erteilten Auskünften entfallen danach auf Angelegenheiten der Unfallversicherung 52 664, Krankenversicherung 16 870, Knappschaftswesen 3251, Invalidenversicherung 16 501, also insgesamt auf Angelegenheiten, betreffend die Arbeiterversicherung, 89 286. Auf die verschiedenen Gebiete des Strafrechts entfallen 22 897, auf Arbeits- und Dienstvertrag 48 498, auf das gesamte Gebiet des bürgerlichen Rechts 87 018, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 32 218, Arbeiterbewegung 5297, Privatversicherung 2478, Handels- und Gewerbesachen 2231, Diverses 5416 Auskünfte.

Von allen Gebieten der Auskunfterteilung nimmt die Arbeiterversicherung den größten Prozentsatz für sich in Anspruch. Allein 30,3 pZt. aller Auskünfte bezogen sich auf dieses Gebiet. Es folgen dann: Bürgerliches Recht mit 29,4 pZt., Arbeits- und Dienstvertrag mit 16,4 pZt., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 10,9 pZt., Strafrecht mit 7,8 pZt., Arbeiterbewegung und Sonstiges mit je 1,8 pZt. und Gewerbewesen und Privatversicherung mit 1,6 pZt.

Persönliche und schriftliche Vertretungen vor den richterlichen Instanzen wurden insgesamt von den Sekretariaten 6895 wahrgenommen. Von diesen entfallen auf Unfallversicherung 3841, Krankenversicherung und Knappschaftssachen 765, Invalidenversicherung 426, Arbeits- und Dienstvertrag 931, Gewerbeaufsicht 236 Vertretungen.

Ueber den Ausgang dieser Streitsachen muß man den Bericht des „Correspondenzblatt“ selber nachlesen, und wenn man sich bei den dürren Zahlen vergegenwärtigt, welche Mühen nötig waren, um die Entscheidungen zu Gunsten der Verletzten resp. invaliden Arbeiter herbeizuführen, dann kann man sich ein Bild von der praktischen Arbeit der Sozialdemokraten machen. Ja, die praktische Arbeit unserer Bewegung wird in immer höherem Maße das Vorbild für alle anderen Kreise. Unsere Arbeitersekretariate haben z. B. sozusagen Konkurrenzunternehmen hervorgerufen. Nicht allein die christlichen Gewerkschaften machen uns diese Einrichtung nach, auch der katholische Volksverein, die evangelischen Arbeitervereine folgen unseren Spuren. Und am Anfang dieses Jahres wurde sogar, wie wir seinerzeit gemeldet haben, ein Verband kommunaler Rechtsauskunftstellen für Unbemittelte gegründet. Selbstverständlich um den Arbeitersekretariaten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das wird den braven „selbstlosen“ Burschen ja nicht glücken, aber wir konstatieren es gern; denn es ist ja ein klassischer Beweis dafür, daß das Geschrei unserer Gegner über die „Unfruchtbarkeit“ unserer Bewegung eitel Flunkerei ist. Unsere praktische Arbeit ist so fruchtbar, daß sie sogar von den Gegnern nachgeahmt wird — und das sagt genug.

Politische Umschau.

Partei und Gewerkschaften. Der Parteivorstand hatte sich auf Anregung der „Vorwärts“-Redaktion an die Generalkommission mit dem Ersuchen gewandt, den vertraulichen Charakter des Protokolls von der Vorständekonferenz aufzuheben. Darauf hatte die Generalkommission bei den Verbandsvorständen angefragt, wie sie sich zu der Veröffentlichung des Protokolls

stellen. Das Resultat dieser Umfrage war, daß sich die Mehrheit der Vorstände gegen die Veröffentlichung erklärte. Die Generalkommission teilte dies dem Parteivorstande mit folgendem Schreiben mit:

Berlin, den 31. Juli 1906.

An den Parteivorstand!

Werte Genossen! Die Generalkommission hat auf Ihr Schreiben vom 12. Juli d. Js. durch ein Rundschreiben vom 14. Juli die Anfrage an die Vorstände der Zentralverbände gerichtet, ob das Protokoll der Verhandlungen der Vorstände der Zentralverbände vom 19. bis 23. Februar d. Js. zur Veröffentlichung und Besprechung in der Presse freigegeben werden soll.

Das Ergebnis dieser Umfrage ist, daß bis heute 46 Vorstände gegen die Freigabe, 13 dafür gestimmt haben; 5 Vorstände haben bis heute auf die Umfrage nicht geantwortet. Damit ist die Freigabe des Protokolls abgelehnt. Angesichts der erheblichen Mehrheit, die sich gegen die Freigabe erklärt hat, glaubt die Generalkommission, weitere Maßnahmen in der Angelegenheit nicht treffen zu sollen.

Bemerken wollen wir, daß die Generalkommission in ihrem Rundschreiben an die Vorstände erklärt hat, daß sie nach wie vor daran festhält, daß das Protokoll eine interne, zur Information der Konferenzteilnehmer bestimmte Drucksache ist und deren Freigabe sich nicht empfiehlt. Für diese ihre Stellungnahme hat die Generalkommission folgende Gründe angegeben. In der Gewerkschaftsbewegung sowohl als auch in der Partei werden sich immer, wie schon von jeher, interne Beratungen notwendig machen; aber weder der Partei, noch den Gewerkschaften wird es einfallen, wenn sich etwa ein Lump findet, der von solchen Verhandlungen etwas in die Oeffentlichkeit bringt, den internen Charakter derselben aufzuheben und dieselben nunmehr der Oeffentlichkeit preiszugeben. So werden die Gewerkschaften in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher gezwungen sein, über Abwehrmaßnahmen gegen die Uebergriffe der Scharfmacherorganisationen in vertraulichen Zusammenkünften zu beraten und zu beschließen. Soll auch in solchen Fällen, wenn jemand sich findet, der ehr- und gewissenlos genug ist, Verräterei zu üben, der interne Charakter solcher Beratungen preisgegeben werden? Wir meinen, daß sich keine Körperschaft in solchem Falle dazu verstehen wird.

Würde in dem vorliegenden Falle das Protokoll freigegeben, so wäre die notwendige Konsequenz, daß in allen Fällen, wo ein Verräter sich findet, derartige Verhandlungen ihres internen Charakters entkleidet und den intimsten Feinden der Arbeiterklasse zur Kenntnisnahme freigegeben werden müßten. Es würde das zu eigentümlichen Zuständen in der Arbeiterbewegung führen, unter denen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Parteibewegung zu leiden hätte. Die Generalkommission will aber unter keinen Umständen diejenige Körperschaft sein, die solche Zustände herbeiführt und ist der festen Ueberzeugung, daß auch der Parteivorstand dazu seine Hand nicht bieten will.

Wie die vorliegende Abstimmung beweist, hat die große Mehrheit der Zentralvorstände sich diesen Gründen der Generalkommission angeschlossen.

Mit Parteigruß!
Die Generalkommission. A. Knoll.

Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn das Protokoll freigegeben worden wäre, zumal ja die „Einigkeit" jetzt den in Frage kommenden Teil veröffentlicht.

*

Sozialdemokratischer Parteitag. Der Parteivorstand beruft den diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auf den 23. September nach Mannheim ein. Die provisorische Tagesordnung sieht folgende Verhandlungsgegenstände vor: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Berichterstatter W. Pfannkuch und A. Gerisch. 2. Bericht der Kontrollkommission; Berichterstatter A. Kaden. 3. Parlamentarischer Bericht, Berichterstatter W. Schöpflin. 4. Maifeier, Berichterstatter R. Fischer. 5. Der politische Massenstreik, Berichterstatter A. Bebel. 6. Der internationale Kongreß 1907, Berichterstatter Paul Singer. 7. Sozialdemokratie und Volkserziehung, Berichterstatter C. Zetkin und H. Schulz. 8. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug, Berichterstatter H. Haase. 9. Sonstige Anträge. 10. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Dem Parteitage geht wie üblich eine Frauenkonferenz voraus.

*

Schweres Verschulden und kein Schuldiger! Ende vorigen Monats wurde vor der Dortmunder Strafkammer die „Borussia"-Katastrophe verhandelt. Am 10. Juli 1905 geriet der Förderschacht auf der Zeche „Borussia" (bei Oespel im Landkreise Dortmund) in Brand, als die Belegschaft in voller Tätigkeit war. Trotz aller Rettungsversuche mußten 39 brave Bergleute ihr Leben lassen. 25 Leichen sind bis heute noch in der Grube. Der Brand entstand auf der fünften Sohle, am Füllort, durch die Explosion einer Petroleumlampe. Morgens gegen 6 Uhr warfen Arbeiter einen großen Stapel Holz, der am Füllorte lag, zurück, um für die Wagen Platz zu bekommen. Als ein Korb herunter kam, sahen die Arbeiter, daß die Petroleumlampe heruntergefallen war und die Flammen bereits am Holzstoß emporzüngelten. Die Petroleumlampe war schon lange ohne Scheiben und stand in dem Lampengehäuse nicht fest. Sie hätte, auch wenn sie in gutem Zustande gewesen wäre, überhaupt nicht verwendet werden dürfen, da nach der Bergpolizeiverordnung an Füllorten offene Lampen, Petroleumlampen, nur dann verwendet werden dürfen, wenn die Füllörter völlig feuersicher sind, während die Verschalung in der „Borussia" mit Holz statt mit Steinen ausgeführt war. Die immens schnelle Verbreitung des Brandes soll nur durch die Holzverschalungen und den Mangel ausreichender, ständiger Berieselung des Füllortes möglich gewesen sein. Auch fehlten hinreichende Löscheinrichtungen. Dem Tode geweiht waren so viele Bergleute, weil es an den erforderlichen Rettungsapparaten fehlte; von der Nachbarzeche mußten Rettungsapparate herbeigeschafft werden.

Die „Bergarbeiterzeitung" wies an der Hand der von ihr ermittelten Tatsachen nach, daß die Schuld an dem Unglück und insbesondere an der furchtbar schnellen Verbreitung des Brandes die Werksleitung und die staatlichen Bergbeamten treffe, und versuchte eventuell gegen sie (die „Bergarbeiterzeitung") ein Verfahren einzuleiten. Nichts hörte man in der Oeffentlichkeit von einer ausreichenden behördlichen Ermittelung der Ursachen des Unglücks und einer Verfolgung der Schuldigen. Die Bergbehörden übersendeten am 7. August die Akten der Staatsanwaltschaft. Diese richtete unter dem 21. August 34 Fragen an das Oberbergamt. Das Oberbergamt ordnete am 29. August Ermittelungen an und übersendete am 28. September die Akten der Staatsanwaltschaft. Am 5. Oktober leitete dann die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen den Betriebsführer Ritter, der erst einige Wochen im Dienst war, ein.

Am 10. Februar gelangte im Reichstage die sozialdemokratische Interpellation über die Ursachen des Schachtbrandes auf der Kohlenzeche „Borussia" und darüber zur Besprechung, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, damit ähnlichen Grubenunglücksfällen vorgebeugt werde. Der Reichskanzler hatte sich vor einer Beantwortung der Interpellation in das Abgeordnetenhaus geflüchtet und die Beantwortung im Reichstage abgelehnt.

Aber die sozialdemokratischen Abgeordneten Bömelburg, Hue und Sachse stellten bei dieser und anderer Gelegenheit auf der Tribüne des Reichstages die wahrhaft entsetzlichen Mißstände auf der „Borussia" fest und forderten energisch, daß die Justiz ihres Amtes wider die Schuldigen walte. In solchen Fällen pflegen die Mühlen der Gerechtigkeit sehr langsam zu mahlen. Endlich aber sollte die „Sühne" kommen und „dem öffentlichen Rechtsbewußtsein Genüge geschehen". Aber kein Werkbesitzer, kein höherer Beamter der Werkleitung, kein staatlicher Bergbeamter kam wegen fahrlässiger Tötung auf die Anklagebank, sondern allein der Betriebsführer Ritter!

Die Verhandlungen, die mehrere Tage in Anspruch nahmen — es wurden gegen 80 Zeugen vernommen —, führten zur Bestätigung der Tatsache, daß auf der „Borussia" — von der der Bergwerksbeamte Sarter erklärte, sie sei wegen der Gefährlichkeit ihres Betriebes „überhaupt das Schmerzenskind der Bergbehörde" — der „Arbeiterschutz" geradezu ein Hohn auf dieses Wort und seinen Begriff ist. Ein anderer Sachverständiger erklärte, es hätten hochgefährliche Zustände bestanden. Unausgesetzt ließ sich die Grubenverwaltung schwerer Unterlassungssünden zu schulden kommen. Sie wurde ungeheuer schwer belastet.

Und das Resultat der Verhandlung? Der Angeklagte, gegen den die Staatsanwaltschaft ein Monat Gefängnis und M. 150 Geldstrafe beantragte, wurde freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß „unglückliche Umstände" die Katastrophe heraufbeschworen haben! Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß an den „unglücklichen Umständen" das den Betrieb beherrschende kapitalistische Profitsystem die Schuld trägt, das sich, wo es nur irgend kann, der Rücksichten auf Gesundheit und Leben der Arbeiter möglichst entschlägt.

Der Prozeß hat in geradezu drastischer Weise die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Berggesetzgebung, wie sie von der Bergarbeiterschaft und der Sozialdemokratie schon so lange gefordert wird, vor aller Welt erwiesen.

*

Landarbeiter-Koalition und Zentrum. Auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Breslau hatte der Zentrumsabgeordnete Giesberts die Notwendigkeit betont, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, um „unter Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften" die Landarbeiterfrage zu lösen und so zu verhindern, daß diese Arbeiter, wie die industriellen, auf sozialdemokratischer Grundlage organisiert werden.

Schon früher haben die Zentrumsagrarier nicht minder entschieden, wie ihre protestantischen Genossen in der konservativen Partei und im Bunde der Landwirte ein Eintreten christlicher Gewerkschaften für das Koalitionsrecht der Landarbeiter zurückgewiesen. Jetzt sagt ein Zentrumsblatt, die „Rheinische Volksstimme", das Organ des Rheinischen Bauernvereins, dem Zentrumsabgeordneten Giesberts folgendes:

„Wir rufen ihm immer und wieder und wieder zu: Hände weg! Die Regelung der ländlichen Arbeiterfrage ist und bleibt das Privileg der landwirtschaftlichen Korporationen. Diese werden, wo es not tut, schon die bessernde Hand anlegen. Im Westen unserer Monarchie wird es nie so weit kommen, daß die Sozialdemokratie auf dem Lande festen Fuß faßt, so lange nur dem Landmann auskömmliche Existenzbedingungen gesichert bleiben. Herr Giesberts hat wahrlich anderes zu tun, als sich aufs Land zu begeben. Die Industriearbeiter in den Großstädten den Klauen der Sozialdemokratie zu entreißen, ist eine Aufgabe, des Schweißes der Edeln wert. Möge er dieses Problem lösen, wir werden ihm dankbar sein. Gegen die von ihm angestrebte Koalierung der Landarbeiter aber werden wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen. . . . Wir hoffen, daß die der Landwirtschaft wohlgesinnten Zentrumsabgeordneten bei nächster Gelegenheit ihrem Fraktionskollegen ein Privatissimum lesen und ihn auf die Verwerflichkeit seiner Forderung aufmerksam machen."

Es war mindestens unklug von Herrn Giesberts, daß er als Zentrumsabgeordneter für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eintrat. Weiß er doch ganz genau, daß seine Partei und Fraktion der Erfüllung dieser Jahre hindurch nur von der Sozialdemokratie vertretenen Forderung sich entschieden widersetzte. Das Zentrum wird nie die Hand dazu bieten, daß die Landarbeiter gleichberechtigt mit den Industriearbeitern gestellt werden.

*

Auf das Wohnungselend, dem die Landarbeiter im Junkerparadies Ostelbien unterworfen sind, wirft folgende Notiz des in Hohensalza erscheinenden „Kujawischen Boten" ein grelles Licht: „Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mich auf dem Gute D. im hiesigen Kreise davon zu überzeugen, wie erbärmlich elend und geradezu jeder Beschreibung hohnsprechend die Wohnungen der Gutshandwerker und Arbeiter beschaffen sind. Eine Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und fünf Kindern, die eine Stube bewohnt, beherbergt in derselben (weil der Stall baufällig geworden ist) Schweine, Enten und Hühner. Ich hätte diesen Zustand, falls ich ihn nicht selber wahrgenommen hätte, für ganz unmöglich gehalten. Was aber den Gipfel der Unzulänglichkeit in sanitärer Beziehung anbelangt, ist der Umstand, daß sich bei keinem Einwohnerhause ein Abort befindet."

So behandeln ostelbische Agrarier „ihre" Arbeiter. Und doch wagen sie in ihrer grenzenlosen Gewissenlosigkeit und Unverschämtheit über die Landflucht der Arbeiter zu zetern und gesetzliche Maßnahmen gegen diese „unbotmäßigen Subjekte" zu fordern!

Amerikanische, englische und deutsche Löhne. Das Newyorker „Journal of Commerce" druckte kürzlich eine Tabelle ab, die eine Uebersicht über die Löhne in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in Deutschland während des Jahres 1903 gab. Diese Tabelle ist einem von dem Bureau of Labour in Washington herausgegebenen Bulletin entnommen und kommt zu dem Schluß, daß nachfolgende 12 Arbeiterkategorien: Grobschmiede, Kesselschmiede, Maurer, Zimmerleute, Schriftsetzer, Mörtelträger, Eisengießer, Allgemeinarbeiter, Maschinisten, Maler, Bleiarbeiter und Steinmaurer einen Lohn verdient haben, der sich für die Stunde stellt in England auf 17¾, in den Vereinigten Staaten auf 35, in Deutschland dagegen nur auf 12 Cents. Die „Iron and Coals Trades Review" vom 25. Mai d. J. druckt die Tabelle mit besonderer Befriedigung ab und hebt hervor, daß demnach „der englische Arbeitgeber im Durchschnitt für 12 Arbeiterkategorien über 47 v. H. mehr für die Arbeit zu zahlen hat, als der deutsche Brotherr, während der Unterschied zwischen dem amerikanischen Arbeitgeber und dem deutschen über 196 v. H. beträgt."

Demgegenüber schreiben deutsche bürgerliche Blätter: „Woher stammen die Grundlagen dieser Lohnstatistik? Und sind hier nicht völlig unvergleichbare Dinge miteinander in Vergleich gesetzt? Ist beispielsweise die sprunghafte Beschäftigung mancher amerikanischer Arbeiter, die bei sinkender Konjunktur erbarmungslos aufs Pflaster geworfen werden, genügend berücksichtigt? Vor allem aber fehlt bei diesem Vergleich die genügende Würdigung der Tatsache, daß der deutsche Arbeiter gegen Unfall, Krankheit, Alter und Invalidität versichert ist, und daß zu den hierfür in Betracht kommenden Summen — weit über eine Million Mark für jeden Tag — die deutschen Arbeitgeber erhebliche Beiträge leisten, während der englische und amerikanische Arbeitgeber von solchen Lasten völlig frei ist, der dortige Arbeitnehmer sich diese Versicherung daher völlig auf privatem Wege schaffen muß. Auf derartige Momente nicht berücksichtigende und daher im schlimmsten Sinne des Wortes tendenziöse Lohnstatistiken, die nur den Zweck verfolgen, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte zu diskreditieren, geben wir nichts."

Es würde keinen Zweck haben, in die hier konstruierte Streitfrage einzugreifen. Wir werden aber in einer der nächsten Nummern unseres Blattes an der Hand zuverlässigen Materials Vergleichungen über Arbeitseinkommen und Lebenshaltung der amerikanischen und der deutschen Arbeiter bringen.

*

Die neunstündige Arbeitszeit soll bekanntlich auf den Reichswerften eingeführt werden. Wie aus Kiel unterm 26. Juli gemeldet wird, ist der Anfang bereits gemacht. Die Torpedowerkstatt der Reichsmarine in Friedrichsort hat den neunstündigen Arbeitstag eingeführt. Die Mittagspause beträgt 1¼ Stunde.

*

Die Frage der gesetzlichen Regelung des Akkordarbeitsvertrages wird den im September in Kiel stattfindenden deutschen Juristentag beschäftigen. Die betreffende Frage der Tagesordnung lautet: „Empfehlen sich gesetzliche Vorschriften über den gewerblichen Arbeitsvertrag auf Gedinge (Akkordvertrag)?" Hierzu hat die ständige Deputation sich Gutachten von den Herren Gewerberichter Assessor Wölbling-Berlin und Professor Francke, dem Herausgeber der „Sozialen Praxis", erbeten. Beide Gutachten kommen, wie letzteres Blatt mitteilt, auf Grund eingehender Ausführungen zu dem Schluß, daß sich eine gesetzliche Regelung des Akkordvertrages empfehle, ja als nötig erweise. Berichterstatter auf dem Juristentage selbst sind die Herren Professor Bernhard-Posen und Justizrat Meschelsohn-Berlin.

Wir werden auf diese Frage zurückkommen.

*

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Nach einer Meldung aus Newyork hat der amerikanische Arbeiterbund eine Erklärung erlassen, daß er selbständig in die Kongreßwahlen eingreifen werde. In den letzten Jahren ist der politische Sozialismus in den Vereinigten Staaten — im Gegensatz zu England — in starker Entwicklung begriffen. Ein Aufsatz von Dr. Charles Stangeland, Dozent in Washington, in den Blättern für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre, sagt über den heutigen Stand der sozialistischen Bewegung in der Union u. a.:

„Man nimmt an, daß im Jahre 1912 — der übernächsten Wahlperiode — entweder eine ganz enorme Zunahme der sozialistischen Wähler oder eine entschiedene Herrschaft des ultraliberalen, fast sozialistischen Flügels der demokratischen Partei zu verzeichnen sein wird. Dann werden zwei leitende Bewegungen in der amerikanischen Politik bestehen: eine konservativ-kapitalistische, hervorgegangen aus den früheren Republikanern, und eine radikal-sozialdemokratische, hervorgegangen aus der demokratischen Partei, oder eventuell zwei radikal Parteien, die eine liberal-demokratisch, die andere sozialistisch-revolutionär.

Die Zunahme der sozialistischen Stimmen in den drei letzten Wahlperioden ist bemerkenswert, wenn sie auch verhältnismäßig noch keine große Bedeutung haben. Im Jahre 1896 hatten die Sozialisten 36 275 Stimmen, 1900 bereits 98 424 und 1904 gar schon 403 338. Natürlich befinden sich darunter auch einige Mitläufer aus Opposition gegen die herrschenden Parteien. Anderseits gibt man sich keinem Zweifel darüber hin, daß die angeführten Zahlen bei weitem noch nicht alle tatsächlich sozialistisch Gesinnten umfassen. Manche fürchten, durch ihre Stimmenabgabe ihren Standpunkt offen einzugestehen, weil sie, und vielleicht nicht mit Unrecht, kein Vertrauen zu der Leitung und offiziellen Verwaltung der sozialistischen Partei haben. Andere zögern, weil die Partei vorläufig noch fast ausschließlich aus Proletariern besteht; es fehlt ihr noch fast ganz das höhere, kulturelle, in Europa einen gewissen Halt gebende Element der Mittelklassen."

Erledigte Lohnbewegungen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni 1906.

(* Partielle Streiks liegen vor, wenn bei einzelnen Unternehmern die Arbeit eingestellt werden mußte, weil sie die getroffenen Vereinbarungen (Rubrik 8) oder die Zugeständnisse ohne gegenseitige Vereinbarung (Rubrik 9) nicht gewährten. — ** Als „Angriffsstreiks" kommen nur solche Arbeitseinstellungen in Frage, wo die Arbeiter ganz allein die Angreifer sind, und als „Aussperrungen", sind alle Arbeitseinstellungen verzeichnet, wo die Unternehmer sich ganz allein in der Rolle des Angreifers befinden. Um „Angriffsstreik und Aussperrung" handelt es sich, wenn die Arbeiter eine Teilarbeitseinstellung inszenierten und die Unternehmer mit Aussperrung antworteten. Sind dagegen die Unternehmer diejenigen, die den Kampf durch Aussperrung begannen, und die Nichtausgesperrten stellten die Arbeit ein, dann ist die Bewegung als „Aussperrung und Angriffsstreik" verzeichnet. Senkrechter Strich bedeutet Bejahung, wagerechter Strich Verneinung der betr. Frage.)

Name des Lohnbezirks	Zahl der: zum Lohnbezirk gehörenden Orte	im Lohnbezirk beschäftigten: Unternehmer	Gesellen	Förderungen: Stundenlohn ℳ	Arbeitszeit Stunden	Andere	Die Forderungen wurden erledigt: ohne Arbeitseinstellung, und zwar durch: gegenseitige Vereinbarung infolge mündlicher Unterhandlungen	ganze oder teilweise Bewilligung der Forderung ohne gegenseitige Vereinbarung	durch Zurückziehung der Forderung	In den Fällen (Rubrik 8 und 9) kam es zum partiellen Streik*	durch Arbeitseinstellung, und zwar**: Angriffsstreik	Aussperrung	Angriffsstreik und Aussperrung	Aussperrung und Angriffsstreik	Durch die Bewegung wurde erreicht: Lohnerhöhung pro Stunde ℳ	pro Tag ℳ	Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag (Stunden)	pro Woche (Stunden)	Erfolge in anderen Punkten	Wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen?	Unkosten der Streiks und Aussperrungen nach vorläufiger Feststellung ℳ
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Gau Berlin.																					
Bockwitz	6	4	68	38	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	6	1	6	—	/	
Cüstrin	12	8	161	43	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	—	—	/	/	
Forst i. d. L.	12	10	279	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	½	—	/	
Fürstenberg a. d. Oder	8	6	80	37	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	—	—	—	/	
Fürstenwalde	8	11	91	55	9	—	—	—	—	—	/	—	—	—	5	—	1	6	—	/	
Güstebiese	11	5	15	35	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Jüterbog	36	9	110	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Mühlberg	8	3	69	32	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	—	—	—	/	2809,20
Nowawes	9	16	160	65	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	5	45	—	—	/	—	
Posen	8	107	1126	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	/	2½	25	—	—	—	/	44865,55
Prenden	14	6	19	47½	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Rheinsberg	14	4	37	40	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	/	
Saarmund	7	3	19	55	9½	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	—	½	8	—	/	
Schrimm	1	5	46	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	25	½	8	/	/	
Schwiebus	26	7	111	35	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	—	—	—	/	
Strausberg	8	4	72	55	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	7½	75	—	—	—	—	
Treuenbrietzen	16	4	55	38	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	—	—	/	
Wesenberg	14	1	20	35	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Zäckerick	6	3	11	35	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Zehden	10	4	35	35	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Filehne	20	5	70	35	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	/	
Berlin (Backofenmaurer)	52	8	73	90	8	/	—	—	—	—	/	—	—	—	10	—	1	6	/	/	
Gau Bremen.																					
Achim	17	30	70	?	9½	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	70	½	3	/	/	23,—
Brake	2	9	30	?	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	/	/	
Dedesdorf	7	6	25	?	9½	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	½	3	/	/	50,—
Ganderkesee	9	40	45	?	9½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	½	3	/	/	
Osnabrück	4	34	510	?	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	6	60	—	—	/	—	
Papenburg	1	5	35	?	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	—	
Soltau	1	4	39	?	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Syke	1	3	13	?	9½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	7	70	½	3	/	/	
Wideshausen	1	4	25	?	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	/	/	
Zwischenahn	1	6	23	?	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	—	—	/	/	282,—
Zetel	1	6	18	?	1	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	1	6	/	—	60,—
Gau Breslau.																					
Breslau	20	180	2500	60	9	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	22	½	3	—	/	
Brieg	28	12	130	35	10	/	/	—	—	/	—	—	—	—	4—12	?	1	6	/	/	
Freiburg	12	3	66	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	½	3	—	—	
Oppeln	12	11	168	35	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	6	45	½	3	—	—	
Ostrowo-Katowitz	10	13	223	36	—	/	—	—	—	—	—	—	—	—	5	55	—	—	/	/	
Gottesberg	6	8	171	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	44	—	—	—	—	
Krotoschin	25	8	128	36	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	25	½	4	/	/	
Gau Cassel.																					
Gudensberg	2	3	20	38	—	/	/	—	—	/	—	—	—	—	3	30	—	—	/	—	
Eschwege	3	5	110	?	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	/	/	
Cassel	5	106	1800	55	9½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	/	/	
Hersfeld	2	6	135	?	1	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	1	6	/	/	
Gau Dortmund.																					
Haltern, Stadt u. Amt	?	8	62	48	10½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	8	30	1	7	/	/	
Rheine	3	12	160	45	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	7	31	1	7	/	/	?
Borghorst	1	4	59	45	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	6	41	½	4	/	/	
Hattingen	22	12	196	55	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	1	7	/	/	
Waltrop	1	5	127	55	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	—	1	7	/	/	
Oberhausen, Fliesenleger	4	4	24	75	9	/	—	—	—	—	/	—	—	—	12	1,08	1	7	/	/	
Gelsenkirchen, „	3	7	32	75	9	/	—	—	—	—	/	—	—	—	12	1,08	1	7	/	/	
Essen, „	?	10	78	75	9	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	63	1	7	/	/	
Duisburg „	1	4	26	75	9	/	—	—	—	/	/	—	—	—	12	1,08	1	7	/	/	
Gau Dresden.																					
Königsbrück	26	5	72	35	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	2	22	—	—	—	/	
Pirna I Mügeln	2	3	25	49	9½	—	—	—	—	—	—	/	—	—	7½	50	½	3	—		
„ II Pirna	47	14	280	45	—	—	—	—	—	—	—	/	—	—	6	60	—	—	—		
„ III Lohmen	16	2	25	43	—	—	—	—	—	—	—	/	—	—	4	40	—	—	—		
„ IV Königstein	22	15	414	40	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	5	50	—	—	—		
„ V Neustadt Stolpen	36	9	193	40	—	—	—	—	—	—	—	/	—	—	6	20	1	6	—		
Strehla	13	3	86	35	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	1	10	—	—	—	/	
Gau Erfurt.																					
Artern	9	4	142	38	—	/	/	—	—	/	—	—	—	—	2+3	20+30	—	—	—	—	79,09
Apolda	1	9	148	40	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	—	
Blankenburg	1	3	45	38	10	/	—	/	—	—	—	—	—	—	2+3	—+22	1	5	—	—	
Blankenhain	1	4	46	36	10	/	—	/	—	—	—	—	—	—	1+2	11+22	—	—	—	—	
Eisfeld	1	2	48	30	10	—	—	/	—	—	—	—	—	—	2	22	—	—	—	—	
Kahla	1	4	125	38	10	—	—	—	—	—	—	—	—	/	3	—	1	6	—	—	3095,33
Langensalza	2	4	250	40	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	14	½	2½	/	/	
Liebenstein-Schweina	2	3	53	40	10	/	/	—	—	—	/	—	—	—	5—7	35	1	6	/	/	70,—
Nordhausen	1	13	260	40	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Ohrdruf	1	3	27	36	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	
Steinach	1	3	45	37	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	22	—	—	/	—	
Schlotheim	1	4	62	30	—	—	/	—	—	—	/	—	—	—	2½	25	—	—	—	—	1593,05
Tambach	2	6	62	33	10	/	—	/	—	—	—	—	—	—	2+3	—	1	5	—	—	
Triptis	1	2	35	35	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	6	—	—	
Wacha	7	2	160	40	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Waltershausen	13	7	105	36	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Weimar	2	31	263	42	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	3—4	30—40	—	—	—	—	1035,—
Leimbach b. Salzungen	1	1	14	40	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	—40	—	—	—	—	
Gau Frankfurt a. M.																					
Alzenau (Frankfurt)	13	3	47	40	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	3	33	—	—	—	—	230,60
Finthen (Mainz)	1	2	29	50	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	3	33	—	—	—	—	?
Flörsheim (Mainz)	1	4	16	50	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	2	22	—	—	—	—	277,57
Gelnhausen (Frankfurt)	6	7	75	40	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	6	26	1	6	—	/	
Grünberg (Gießen)	3	3	24	38	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	3	33	—	—	—	/	
Heuchelheim (Gießen)	1	4	23	40	10	—	—	/	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Nidda-Boorsdorf (Gießen)	4	4	46	38	10	—	/	—	—	/	—	—	—	—	4	44	—	—	—	—	226,31
Sprendlingen (Mainz)	1	1	14	50	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	7	70	—	—	—	/	

Name des Lohnbezirks	Zahl der: zum Lohnbezirk gehörenden Orte	Zahl der im Lohnbezirk beschäftigten: Unternehmer	Zahl der im Lohnbezirk beschäftigten: Gesellen	Forderungen: Stundenlohn ₰	Forderungen: Arbeitszeit Stunden	Forderungen: Andere	Die Forderungen wurden erledigt: ohne Arbeitseinstellung, und zwar durch: gegenseitige Vereinbarung, infolge mündlicher Unterhandlungen	ohne Arbeitseinstellung: ganze oder teilweise Bewilligung der Forderung ohne gegenseitige Verständigung	ohne Arbeitseinstellung: durch Zurückziehung der Forderung	In den Fällen (Rubrik 8 und 9) kam es zum partiellen Streik*	durch Arbeitseinstellung, und zwar**: Angriffsstreik	durch Arbeitseinstellung: Aussperrung	durch Arbeitseinstellung: Angriffsstreik und Aussperrung	durch Arbeitseinstellung: Aussperrung und Angriffsstreik	Durch die Bewegung wurde erreicht: Lohnerhöhung pro Stunde ₰	Lohnerhöhung pro Tag ₰	Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag Stunden	Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche Stunden	Erfolge in anderen Punkten	Wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen?	Unkosten der Streiks und Aussperrungen nach vorläufiger Feststellung ₰
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Gau Görlitz.																					
Glogau	22	7	370	40	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	/	/	
Lunewalde	4	3	37	32	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	3	31	½	2½	—	/	
Niesky	37	2	66	35	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	2	22	—	—	—	—	160,95
Barnsdorf	21	1	70	32	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	44	—	—	—	—	64,14
Löwenberg i. Schl.	7	5	58	40	—	/	/	—	—	/	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	160,—
Sagan	25	5	130	36	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	½	5½	/	—	
Cunnersdorf-Hirschberg	29	12	220	40	—	/	—	/	—	—	—	/	—	—	4	40	—	—	/	—	8910,05
Lüben	29	3	101	37	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	1	5½	—	—	
Weißwasser	21	6	130	38	—	—	—	/	—	/	—	—	—	—	2	22	—	—	—	—	
Gau Hamburg.																					
Bramstedt	11	6	16	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	/	/	
Eckernförde	2	4	42	50	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	/	/	
Elmshorn	4	14	102	62	9	—	/	—	—	—	—	—	—	—	8	72	1	6	/	/	
Flensburg	4	34	286	60	9½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	47½	½	3	/	/	837,10
Hagenow	12	3	62	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	11	110	½	3	/	/	1139,55
Hamburg	8	428	5104	80	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	45	—	—	/	/	
Jork-Estebrügge	5	6	23	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	7	70	—	—	/	/	
Itzehoe	4	8	104	60	9	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	66½	½	3	/	/	360,—
Kirchwärder	1	9	32	50	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	½	/	/	
Marne	2	8	40	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	—	/	/	1112,45
Nortorf	2	5	25	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	/	/	
Oldesloe	9	5	78	50	9½	/	—	—	—	—	/	—	—	—	9	85½	½	3	/	/	350,—
Preetz	2	5	52	55	9½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	7	66½	½	3	/	/	
Schleswig	1	10	89	53	—	/	—	—	—	—	—	/	—	—	3	30	—	—	/	/	1237,44
Schwarzenbek	1	2	30	50	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	8	80	—	—	/	/	
Segeberg	8	12	56	48	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Sonderburg	6	11	168	55	9½	/	—	—	—	—	—	/	—	—	5	50	—	—	/	/	830,—
Süderbarup	7	5	45	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	6	60	—	—	/	/	125,—
Zarentin	8	3	32	42	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	½	3	/	/	
Gau Hannover.																					
Eimbeckhausen	2	4	45	35	—	/	—	/	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Eldagsen	3	2	30	35	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Hastenbek	2	3	37	38	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	—	—	685,25
Sehlen	2	1	14	37	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Stadtoldendorf	7	3	55	35	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	1½	15	—	—	—	—	745,60
Winsen a. d. Aller	4	4	40	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	6	60	—	—	—	/	
Gau Leipzig.																					
Aue	8	9	226	38	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	6	60	1	6	—	/	
Burgstädt	13	14	180	38	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	1	6	—	—	
Borna	1	4	80	42	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Dahlen	1	3	100	33	10	—	—	—	—	—	—	/	—	—	4	40	1	6	—	/	?
Döbeln	6	10	274	36	—	—	—	—	—	—	—	/	—	—	3	30	—	—	/	/	?
Elsterberg	14	6	96	36	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Flöha	10	15	194	40	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	1	6	—	—	
Hohenstein-Ernstthal	17	15	212	38	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	1	6	—	—	
Lucka	8	3	65	38	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Limbach	6	14	228	38	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	1	6	—	—	
Leipzig	28	290	4776	65	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	5	45	—	1	/	/	
Leisnig	12	4	108	33	—	—	—	—	—	—	—	/	—	—	5	50	—	—	/	/	?
Meuselwitz	2	3	157	42	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Mittweida	14	8	181	42	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	/	
Pegau	16	6	206	38	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Querfurt	9	3	74	38	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	—	
Schneeberg	8	15	154	38	10	—	—	—	—	—	/	—	—	—	6	60	—	—	—	—	
Teuchern	1	3	72	40	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Weißenfels	2	17	333	45	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	
Waldheim	1	3	135	36	—	—	—	—	—	—	—	/	—	—	3	30	—	—	/	/	?
Meerane	1	13	151	40	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	/	/	
Gau Lübeck.																					
Ahrensböck	52	6	32	48	9½	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	47½	½	3	—	/	
Dargun i. M.	14	2	27	35	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	½	3	—	—	
Gadebusch	65	3	34	35	10	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2⅓	25	—	—	—	—	
Laage	57	6	52	38	—	—	/	—	—	1	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Neustadt i. M.	22	3	35	38	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Plau i. M.	24	3	40	36	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	31½	—	—	—	—	
Penzlin	54	2	49	38	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	21	—	—	—	—	
Ratzeburg	46	5	50	42	—	—	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	—	/	/	440,80
Röbel	35	3	24	36	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	3	31½	—	—	—	/	118,85
Schwartau	36	12	28	55	9½	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	47½	½	3	/	/	484,05
Wismar	18	15	140	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	—	
Büchelsdorf	25	5	30	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	—	—	/	/	??
Doberan	40	8	68	42	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Gau Magdeburg.																					
Arneburg	10	3	37	33	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Eisleben	5	6	120	45	10	—	—	/	—	—	—	—	—	—	2½	25	—	—	—	—	
Gommern	6	3	65	40	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	/	/	
Gr.-Ammensleben	3	5	42	38	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	6	60	—	—	—	—	
Hecklingen	1	2	64	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Nienburg	8	2	44	45	—	/	—	—	—	—	—	/	—	—	2½	25	—	—	—	/	435,45
Osterburg	24	4	110	35	—	/	—	/	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Osterwieck	3	4	37	35	—	—	—	/	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Sangerhausen	4	5	113	43	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	—	/	/	?
Schönhausen	3	2	18	35	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	/	
Schönebeck	4	17	164	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Seehausen (Altmark)	21	4	64	35	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	—	
Stendal	4	9	180	43	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	—	—	—	/	379,—
Thale	5	10	98	40	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Wanzleben	6	2	40	35	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	/	
Wusterhausen	1	2	25	35	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	
Wolmirstedt	8	3	80	38	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	
Gau Mannheim.																					
Baden	2	14	207	46	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	6	60	—	—	—	—	3200,—
Gebweiler	5	7	100	48	10	/	—	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	2796,50
Mauburg	2	3	45	45	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	?	1	6	/	/	
Mannheim Zem.	2	15	63	56	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	6	12	1	6	/	/	309,05
Pforzheim	5	35	907	?	?	/	—	—	—	—	—	/	—	—	6	60	—	—	/	/	3060,12
Sandhausen	1	2	32	42	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	?	1	6	—	/	
St. Johann (Saarbr.)	4	44	752	52	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	40	1	6	/	/	3041,94
Schopfheim	1	4	41	45	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	?	1	6	/	/	
Weinheim	1	5	112	48	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	20	1	6	—	—	1195,73

Name des Lohnbezirks	Zahl der zum Lohnbezirk gehörenden Orte	Zahl der im Lohnbezirk beschäftigten Unternehmer	Zahl der im Lohnbezirk beschäftigten Gesellen	Forderungen: Stundenlohn ₰	Forderungen: Arbeitszeit Stunden	Forderungen: Andere	Die Forderungen wurden erledigt: ohne Arbeitseinstellung und zwar durch gegenseitige Vereinbarung infolge mündlicher Unterhandlungen	ohne Arbeitseinstellung: ganze oder teilweise Bewilligung der Forderung ohne gegenseitige Vereinbarung	ohne Arbeitseinstellung: durch Zurückziehung der Forderung	In den Fällen (Rubrik 8. und 9.) kam es zum partiellen Streik*	durch Arbeitseinstellung, und zwar**: Angriffsstreik	durch Arbeitseinstellung, und zwar**: Aussperrung	durch Arbeitseinstellung, und zwar**: Angriffsstreik und Aussperrung	durch Arbeitseinstellung, und zwar**: Aussperrung und Angriffsstreik	Durch die Bewegung wurde erreicht: Lohnerhöhung pro Stunde ₰	Lohnerhöhung pro Tag ₰	Verkürzung der Arbeitszeit pro Tag Stunden	Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche Stunden	Erfolge in anderen Punkten	Wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen?	Unkosten der Streiks und Aussperrungen nach vorläufiger Feststellung ₰
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
Gau München.																					
Bruck b. M.	6	4	45	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	—	—	/	/	133,87
Ingolstadt	1	12	96	42	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	½	—	/	/	
Straubing	1	16	126	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	1	/	/	686,63
Rosenheim	2	8	120	40	9¾	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	1	/	/	
Freising	1	6	102	42	9¾	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	1	/	/	
Passau	1	14	129	38	9¾	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	40	—	1	/	/	1129,75
Plauegg	7	6	89	50	9¾	/	—	—	—	—	—	—	/	—	4	40	½	2½	/	/	642,40
Mühldorf a. J.	1	4	41	35	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	8	80	—	—	/	/	50,46
Dachau	6	4	40	45	9¾	/	—	—	—	—	/	—	—	—	10	100	½	2½	/	/	177,72
Olching	4	3	32	43	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	70	—	1	/	/	39,77
Gau Nürnberg.																					
Erlangen	5	7	69	50	9½	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	50	—	—	/	/	1926,11
Herzogenaurach	4	6	70	35	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	
Rothenburg a. d. T.	4	7	114	40	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	—	
Gau Stettin.																					
Jarmen	25	3	54	38	10	/	/	—	—	/	—	—	—	—	6	63	½	3	—	/	
Neuwebell	16	5	67	37½	10	/	—	—	—	—	/	+	—	—	4	42	—	—	—	/	
Lotz	22	2	40	36	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	2½	27½	—	—	—	/	1000,—
Finnowitz	11	3	45	40	10	/	—	/	—	—	—	—	—	—	3	30	—	—	—	/	
Gau Stuttgart.																					
Backnang	1	4	37	44	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4½	11	1	6	/	/	
Burgau	1	2	25	32	—	/	/	—	/	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	
Ebingen (Maurer u. Gipser)	1	20	90	45	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	/	/	
Eßlingen	2	12	114	48—50	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	/	/	
Göppingen	1	16	196	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	6	60	—	—	/	/	100,—
Heidenheim	1	13	130	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	3	30	—	—	/	/	700,—
Lauffen a. N.	1	8	30	44	10	/	/	—	—	/	—	—	—	—	12	85	1	6	/	/	30,—
Neutlingen	1	12	176	45	—	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	70	—	—	/	/	1700,—
Schorndorf (Gipser)	1	6	28	50	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	88	1	6	/	/	10,—
Tettnang	1	5	30	40	—	/	—	/	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	
Vaihingen a. d. F.	1	6	26	48	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	10	1	6	/	/	900,—
Zuffenhausen	1	10	65	48	—	/	—	—	—	—	—	—	/	—	5	50	—	—	/	/	500,—
Gau Ostsee-Danzig.																					
Danzig	5	49	1119	58	—	/	/	—	—	—	—	—	—	—	6	60	—	—	/	/	
Neuw. Westpr.	36	4	52	40	10	/	—	—	—	±	/	—	—	—	7	77	½	5	/	/	538,55
Pr. Stargard	9	7	78	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7½	78	1½	9	/	/	2238,85
Weichsel- und Nogatgebiet	68	18	113	40	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	7	77	1	6	/	/	980,15
Czersk Westpr.	6	4	56	38	11	/	/	—	—	—	—	—	—	—	5	55	—	1	/	/	
Rehhof Westpr.	6	1	21	40	11	/	—	—	—	—	—	/	—	—	12	132	2	12	/	/	432,12
Elbing	4	24	290	45	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	5	30	1	6	/	/	3403,—
Goldap Ostpr.	7	3	54	42	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	4	44	—	—	—	—	700,—
Bartenstein	9	4	78	38	11	/	/	—	—	—	/	—	—	—	8	88	1	6	/	/	
Angerburg Ostpr.	6	4	41	40	11	/	/	—	—	—	—	—	—	—	6	66	1	6	—	—	
Osterode Ostpr.	8	10	107	42	10	/	—	—	—	—	/	—	—	—	6	60	½	3	/	/	1170,25
Thorn	2	20	245	45	—	/	—	—	—	—	—	/	—	—	3	30	—	—	/	/	3231,38
Lyck	4	7	145	45	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	1	/	/	
Rastenburg	6	6	97	42	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	/	/	
Graudenz	7	21	415	45	10	/	—	—	—	—	—	/	—	—	9	90	—	—	/	/	3454,60
Gumbinnen	3	3	85	45	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	7	70	—	—	/	/	
Marienburg	7	7	182	42	10	/	/	—	—	—	—	—	—	—	2	20	1	6	/	/	

Lohnbewegung 1906.

A. Uebersicht für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni.

Das in dieser Nummer des „Grundstein" enthaltene zweite Verzeichnis derjenigen Lohnbezirke, für die die Lohnbewegung beendet ist, umfaßt die Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni und alle Gaue bis auf Cöln und Oberschlesien.

Der Vorsitzende des Gaues Cöln hat trotz zweimaliger Mahnung eine Uebersicht nicht eingesandt; im Gau Oberschlesien sind, abgesehen von mehreren Sperren zur Durchführung des im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrages, Lohnbewegungen nicht vorgekommen. Es fehlen in der Uebersicht demnach nur die Bewegungen im Gau Cöln.

Nach den vorliegenden Berichten sind in der Zeit vom 1. Mai bis 30. Juni die Bewegungen in 226 Lohnbezirken zum Abschluß gelangt. Die 226 Lohnbezirke umfaßten 2263 Orte mit 2774 Unternehmern und 39 372 Gesellen.

Die den Unternehmern übermittelten Forderungen betrafen:

a) in 113 Fällen Erhöhung des Lohnes;
b) in 113 Fällen Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit.

Diese Forderungen waren in 148 Fällen von kleinen Nebenforderungen begleitet.

Zur Verkürzung der Arbeitszeit wurde speziell gefordert:

in 1 Falle	8	Stunden
„ 3 Fällen	9	„
„ 14 „	9½	„
„ 5 „	9¾	„
„ 80 „	10	„
„ 1 Falle	10½	„
„ 4 Fällen	11	„

Die Forderungen fanden ihre Erledigung in 196 Fällen ohne Streik, und zwar in 104 Fällen durch gegenseitige Vereinbarung, infolge der stattgehabten Unterhandlungen, und in 22 Fällen wurden die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt ohne Unterhandlung. In 100 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung. Von den Arbeitseinstellungen waren 78 Angriffsstreiks, 16 Aussperrungen, 3 Angriffsstreiks und Aussperrung und 3 Aussperrungen und Angriffsstreik.

In den 128 Fällen, die ihre Erledigung durch Vereinbarung fanden, mußten in 7 Fällen über einzelne Unternehmer Sperren verhängt werden, weil sie das von der großen Mehrzahl der Unternehmer Bewilligte nicht gewähren wollten.

Die Bewegungen waren alle bis auf eine von Erfolg. Es wurde erreicht:

a) eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in 75 Fällen mit 9689 Gesellen.

Daran sind beteiligt:

79 Gesellen	mit ½	Stunde	pro Tag,
4731 „	„ ¾	„	„
4780 „	„ 1	„	„
78 „	„ 1½	„	„
21 „	„ 2	Stunden	„

b) eine Lohnerhöhung in 225 Fällen mit 39 335 Gesellen und zwar:

in 1 Lohnbezirk	mit	86	Gesellen	1 ₰	pro Stunde,
„ 33 Lohnbezirken	„	3268	„	2	„ „
„ 9	„	1775	„	2½	„ „
„ 41	„	4200	„	3	„ „
„ 39	„	5959	„	4	„ „
„ 48	„	16295	„	5	„ „
„ 21	„	4689	„	6	„ „
„ 16	„	1824	„	7	„ „
„ 3	„	175	„	7½	„ „
„ 5	„	313	„	8	„ „
„ 2	„	493	„	9	„ „
„ 2	„	113	„	10	„ „
„ 1 Lohnbezirk	„	62	„	11	„ „
„ 5 Lohnbezirken	„	133	„	12	„ „

Die durchschnittliche Erhöhung des Lohnes pro Stunde beträgt 4,6 ₰.

Erfolge in anderen Punkten wurden in 113 Fällen erzielt, und in 131 Fällen kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages.

B. Uebersicht für das erste Halbjahr.

Am 30. Juni waren 459 Lohnbewegungen, die sich auf 5291 Orte erstrecken, erledigt. In dem Bewegungsgebiet wurden gezählt 4519 Unternehmer und 61 295 Gesellen.

Die Forderungen betrafen: a) in 223 Fällen Erhöhung des Lohnes; b) in 234 Fällen Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit; c) in einem Falle nur Verkürzung der Arbeitszeit. In einem Falle ist die Forderung unbekannt.

Die Forderungen fanden in 313 Fällen ihre Erledigung ohne Streik, und zwar in 268 Fällen durch gegenseitige Vereinbarung infolge der stattgehabten Unterhandlungen und in 45 Fällen wurden die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt ohne Unterhandlung.

Zur Arbeitseinstellung kam es in 146 Fällen. Von den Arbeitseinstellungen waren 117 Angriffsstreiks, 20 Aussperrungen, 4 Angriffsstreiks und Aussperrungen und 5 Aussperrungen und Angriffsstreiks.

In den 313 Fällen, die ihre Erledigung durch Vereinbarung fanden, mußten in 24 Fällen über einzelne Unternehmer Sperren verhängt werden, weil sie das von der großen Mehrzahl der Unternehmer Bewilligte nicht anerkennen wollten.

Die Bewegungen hatten alle bis auf zwei vollen oder teilweisen Erfolg. Es wurde erreicht:

a) eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in 148 Fällen mit 16 809 beschäftigten Gesellen;

b) in 455 Fällen eine Erhöhung des Stundenlohnes für 61 092 Gesellen um durchschnittlich 4,4 ₰ pro Stunde.

Außerdem wurden noch in 217 Fällen Erfolge in anderen Punkten erzielt, und in 251 Fällen kam es zum Abschluß eines Tarifvertrages.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:
Hamburg (Bauarbeiterstreik), **Cuxhaven** (Streik);

Schleswig-Holstein:
Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), **Itzehoe** (Sperre über Breiholz);

Mecklenburg:
Schwerin (Bauarbeiterstreik), **Sülze** (Sperre über Holldorf), **Neubuckow** (Streik), **Laage** (Sperre über Korff), **Klütz** (Aussperrung), **Wismar** (Sperre über Scharf);

Pommern:
Gollnow (Sperre über Küster), **Stralsund** (Streik), **Cöslin** (Sperre über H. Schütter), **Demmin**, **Greifswald** (Aussperrungen), **Gützkow** (Sperre über Peters), **Triebsees** (Sperre über Lange);

Ost- und Westpreussen:
Konitz (Aussperrung), **Memel, Braunsberg** (Streiks);

Schlesien:
Görlitz (Streik);

Posen:
Rawitsch (Sperre über Pustal);

Brandenburg:
Wittenberge (Aussperrung), **Belzig, Dahme i. d. M., Sommerfeld** (Streiks), **Trebitsch** (Sperre über Hamann), **Finsterwalde** (Differenzen), **Guben** (Bauarbeiterstreik), **Strasburg i. d. U.** (Sperre über R. Henschel), **Berlin** (Streik der Backofenmaurer), **Alt-Carbe** (mehrere Sperren);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Ammendorf (Sperre über Friedrich und Reichhardt), **Gardelegen** (Streik), **Bernburg, Zeitz** (Aussperrungen), **Mühlberg a. d. Elbe** (Sperre über Goldschmidt), **Barby** (Zimmererstreik);

Königr. Sachsen:
Leipzig (für **Maurer** sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Otto Dietze, Wahren, Halleschestrasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, für **Rabitzputzer** die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), **Wurzen** (Sperre über Lehmann in Püchau), **Hirschberg, Reichenau, Hainichen** (Aussperrungen), **Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Crimmitschau, Freiberg, Mylau, Netzschkau** (Streiks), **Weissenfels, Limbach** (mehrere Sperren), **Schneeberg** (Sperre über Brettschneider), **Plauen** (Sperre über Männel), **Penig** (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippe:
Visselhövede (Sperre über Cohrs), **Emden, Münden** (Zimmererstreiks), **Nienburg a. d. Weser, Aurich, Oldenburg, Peine, Buxtehude** (Streiks), **Uelzen** (Aussperrung), **Brake, Harburg, Lüneburg** (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:
Schöningen (Aussperrung), **Braunschweig** (Streik);

Thüringen:
Erfurt (Sperre über Wagner), **Gera** (Sperre über Hirsch), **Gotha, Wintersdorf** (Streiks), **Greiz** (Aussperrung), **Sonneberg** (Sperre über P. Schmidt), **Ingersleben** (Sperre über Pöhlemann aus Dietendorf), **Rudolstadt** (Sperre über Hennemann und Fischer), **Meuselwitz** (Sperre über Grubenbauten Mumsdorf);

Rheinprovinz und Westfalen:
Remscheid (Sperre über Panel), **Kronenberg** (Sperre über Propach), **Minden** (Aussperrung), **Rheydt** (Sperre über Rotermund), **Barmen-Elberfeld, Ratingen, Düsseldorf,** Beton- und Zementbranche (Streiks), **Velbert, Siegen i. W., Neunkirchen, Wiebelskirchen** (Differenzen), **Recklinghausen-Süd** (Sperre über Wacup), **Langendreer** (Sperre über Hellmig in Werne), **Friedrichstal, Eitville** (Streiks);

Bayern:
Nürnberg-Fürth (Aussperrung), **Bayreuth, Burgfarnbach, Landshut, Augsburg** (Streiks);

Hessen:
Borsdorf, Dillenburg, Weilburg (Streiks), **Heppenheim** (Sperren über Herschel und Held), **Marburg** (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Gebweiler, Hassloch, Schifferstadt, Grünstadt, Colmar (Streiks), **Schwetzingen** (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), **Freiburg** (Differenzen in der Zementbranche), **Mundenheim** (Sperre über Fabrik Giulini), **Rheingönheim** (Sperre über Scherf), **Singen** (Sperren über Schmal und Schweitzer), **Landau** (Sperre über Lauer), **Philippsburg** (Sperre über Gebr. Gillier);

Württemberg:
Ulm, Neu-Ulm (Streik der Maurer und Zementputzer), **Tübingen** (Streik), **Stuttgart** (Gipserstreik);

Fliesenleger:

Nürnberg (Sperre über Ayerle), **Breslau** (Differenzen), **Wanne** (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert).

Oesterreich:

Pilsen, Warnsdorf i. Böhmen, **Leibnitz** i. Steiermark (Streiks).

Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

*

Maurer werden gesucht in Jork (Alten Lande).

*

Gau Osten. In Ost- und Westpreußen ist in diesem Jahre eine außergewöhnlich gute Baukonjunktur vorhanden. Besonders ist es die allgemeine Rückständigkeit in bezug auf sanitäre Verhältnisse, die zu einer regen Bautätigkeit zwingt. Auch werden an mehreren Orten Kasernen gebaut, wozu ebenfalls eine große Anzahl Maurer gebraucht werden. Aber ganz besonders wird der Arbeitsmarkt durch die ländlichen Arbeiten beeinflußt. In Ostpreußen, wo die Landwirte durch den neuen Zolltarif und durch die Grenzsperren in den letzten beiden Jahren ganz außergewöhnlich gute Geschäfte gemacht haben, wird bald auf jeder Besitzung gebaut. Jeder will den Bauernhof oder das Gut soviel wie irgend möglich auputzen, um es dann vorteilhaft verramschen zu können. Die Güterspekulation wird hier jetzt im großen betrieben. Jeder Grundbesitzer will die Beute, die er bei dem Raubzug im Jahre 1902 eingeheimst hat, in Ruhe und Frieden in der Stadt genießen. Damit er auch das nötige Kleingeld dazu erhält, werden die Grundstücke im Preise gesteigert. In Westpreußen und Posen ist es besonders die Germanisierungspolitik, die uns zu statten kommt. Die Güterparzellierung erfordert eine große Anzahl Bauhandwerker, um alle die kleinen Gebäude, die erforderlich sind, fertig zu stellen. Die große Anzahl Maurer, die hier auf Dörfern wohnen und sonst in den Städten gearbeitet haben, ist jetzt bei der Landarbeit beschäftigt, so daß der Zuzug nach den Städten sehr minimal ist. Da auch aus den anderen Teilen Deutschlands kein Maurer nach den Ostseeprovinzen reist, so ist die Nachfrage nach Maurern fast in allen Orten sehr groß. Obgleich nun hier die Verhältnisse für Maurer sehr günstig sind, so können es sich die Unternehmer doch nicht verkneifen, den Kampf gegen unsere Organisation zu führen. In Konitz mühen sich die Unternehmer schon seit Monaten mit der Vernichtung unserer Organisation vergeblich ab. Mit großem Kostenaufwand haben sie sich eine ganze Anzahl Italiener herangeschleppt, denen sie trotz ihrer Minderwertigkeit höhere Löhne zahlen. Die Konitzer Maurer hätten die Arbeit fast um ein Drittel billiger gemacht. Unsere Mitglieder, die von den Herrmännern ausgehungert werden sollen, arbeiten alle in der nächsten Umgegend von Konitz und verdienen mehr als je zuvor. Es ist so viel Arbeit vorhanden, — denn die Konitzer Unternehmer wagen es kaum mit ihren Italienern noch Arbeit zu übernehmen —, daß noch 30 bis 40 Verbandsmitglieder Beschäftigung finden würden. Daß die Konitzer Maurer sich über die Kraftproduktionen der Unternehmer tüchtig amüsieren, ist leicht verständlich.

In Memel, wo unsere Kollegen auch 5 ₰ die Stunde mehr Lohn haben wollten, hat sich Herr Schmidt ebenfalls eine große Anzahl Italiener geholt, um unsere Mitglieder mit ihren Forderungen abweisen zu können. Diesen Italienern zahlt er auch mehr, als unsere Kollegen fordern. Die Memeler Maurer, die ebenfalls ausgehungert werden sollten, arbeiten fast alle in Memel für den geforderten Lohn. Somit werden die Memeler Unternehmer genau soviel Lorbeeren ernten wie die Konitzer. Aber auch in Braunsberg, wo der Scharfschleifer Laufer aus Königsberg seine römischen Orden hergeholt hat, wollen die Unternehmer unter Führung des Herrn Buttermann, der wieder seine Weisheit von Laufer hat, unseren Verband zerstören. Auch hier sind die Italiener als Schutztruppen eingetroffen. Ob auf Bar- oder Abzahlung ist nicht festgestellt. Bis auf ein halbes Dutzend waren unsere Mitglieder schon in der ersten Wochen anderweitig in Arbeit getreten, so daß sie auch hier die Wunderdinge, die die Buttermänner vollbringen wollen, ruhig beobachten können. Ganz besonders quält sich Herr Laufer in Königsberg ab. Mit einer Schutztruppe, die sich christliche nennt und zu dem christlichen Bauhandwerkerverband gehört, soll der Zentralverband vernichtet werden. Gemeinsam mit den Unternehmern wird von den Leitern der sogenannten „Christen" jeder Maurer bei sofortiger Entlassung gezwungen, diesem Streikbrecherverband beizutreten. Dabei faselt dieses Otterngezücht noch über Terrorismus der Verbändler. Trotzdem wächst unsere Mitgliederzahl von Woche zu Woche, so daß der Zentralverband bedeutend stärker ist, als die anderen Vereine zusammen. Somit ist auch hier der Zusammenbruch der Scharfmacherei in nächster Zeit sicher, und alle Opfer, die die Unternehmer gebracht haben, werden wieder umsonst sein. Für uns werden diese Kämpfe aber das eine Gute zeitigen, die Unternehmer werden allmählich zur Vernunft kommen und sich nicht von einigen überspannten Köpfen ins Feuer jagen lassen, sondern lernen, auf gütlichem Wege mit uns auseinander zu kommen. Aber auch bei uns bleibt noch viel zu wünschen übrig. In den meisten Orten würde es unter diesen günstigen Verhältnissen leicht möglich sein, eine Regelung und eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Nur müßten die Kollegen sich organisieren. Aber hieran fehlt es noch ganz gewaltig. Viele Kollegen glauben, daß die gute Zeit ewig anhalten wird und daß deshalb die Organisation überflüssig sei. Andere suchen ihre Glückseligkeit wieder in der Ueberstundenarbeit. Anstatt nach Erhöhung des Stundenlohnes zu streben, werden ein oder zwei Stunden länger gearbeitet. Daß gerade die Arbeitskraft des Arbeiters höchstes Gut ist, mit dem er sehr sparsam umgehen muß, daran wird nicht gedacht, sondern es wird solange darauflos gewühlt, bis es zu spät ist und die Gesundheit ganz aufgebraucht ist. Es ist ein sehr trauriges Zeichen, daß oftmals das Angebot von Arbeitskräften bei einer langen Arbeitszeit größer ist als dort, wo der Arbeitstag geregelt ist. Darum fehlt noch recht viele Aufklärung; diese zu schaffen, muß unsere Aufgabe sein, und daran muß jeder aufgeklärte Kollege mitarbeiten, dann wird es leicht möglich sein, auch hier einigermaßen gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Gau Görlitz. In Zittau wurde am 23. Juli an den Arbeitgeberverband die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sein würde, mit den Streikenden und Ausgesperrten aller drei Berufe zu verhandeln. Anlaß dazu gaben verschiedene Aeußerungen der Unternehmer. Sie hatten einzelnen unserer Kollegen erklärt, 38 ₰ zahlen zu wollen, doch es würde ja nicht angenommen. Denn speziell den Maurern wäre es nur um eine Machtprobe zu tun. Das Schreiben, das den Unternehmern zuging, hatte der Gauleiter der Zimmerer, Rösch, verfaßt, und war im wehleidigen bettelhaften Tone gehalten. Um nicht in Streitigkeiten mit den Zimmerleuten zu geraten, nahmen wir das Schreiben an. Wir sagten es voraus, daß ein derartig verfaßtes Schreiben den Kamm Hennings und Genossen schwellen machen würde. Wie wir vorausgesehen, so traf es auch ein. Am 30. Juli erhielten wir ein Schreiben vom Arbeitgeberverband, worin uns ein Stundenlohn für 1906 von 35 ₰, 1907 36 ₰ und 1908 38 ₰ angeboten wurde. Weiter hieß es darin, daß wir nun wohl eingesehen haben würden, wie ungerecht unsere Forderungen wären.

Aus diesem Anlaß war es notwendig, daß eine Versammlung unserseits einberufen wurde. Dieselbe fand Donnerstag, den 2. August, im Gewerkschaftshause statt. Die Stimmung unserer Kollegen war erbittert. Es wurde einstimmig beschlossen, die ursprüngliche Forderung von 38 ₰ hochzuhalten. Das Angebot der Unternehmer wurde von der Versammlung als Verhöhnung unserer Interessen aufgefaßt. Kollege Müller gab Bericht über den Stand unserer Bewegung.

In Zittau waren in die Listen eingetragen 466 Kollegen, davon abgereist 216, anderweit untergebracht 140; zu neuen Bedingungen arbeiten 13. Aus den Listen sind zu Streikbrechern geworden 4. Als Streikbrecher arbeiten insgesamt 54.

In Reichenau waren in die Listen eingetragen 100 Kollegen, abgereist sind 45, anderweit untergebracht 37. Zum Streikbrecher geworden ist aus den Listen niemand.

In Großschönau waren in die Listen eingetragen 103 Kollegen, abgereist 49, 28 sind anderweitig untergebracht, zu Streikbrechern geworden sind 4.

In Ostritz sind noch 2 Ausgesperrte am Orte. Insgesamt sind beteiligt am Streik und an der Aussperrung 671 Kollegen, davon waren noch 130 am Orte. Die Situation ist für uns günstig. Außer der „Freien Vereinigung" haben wir noch keine auswärtigen Streikbrecher im Orte. Statt die schöne Ferienzeit zu genießen, müssen die Unternehmer jetzt selbst mit Hand anlegen. Ja sogar der frühere Unternehmer Goldberg, der seit zehn Jahren ein beschauliches Leben als Rentier führte, hat vier Tage mitgemauert. Auch der frühere Kassierer der Zahlstelle, der jetzige Scharwerksmaurer Rudolf, hat sich jetzt als Streikbrecher etabliert.

Die auswärts arbeitenden Kollegen werden aus diesem Berichte ersehen, daß es vorläufig noch zu keiner Einigung kommt. Also ausgehalten in der Ferne, wie auch wir einig zusammenstehen werden!

In Görlitz sind die Kollegen am 1. August in den Streik eingetreten. Die Unternehmer hatten auf das letzte Schreiben der Lohnkommission einen Höchstlohn von 42 ₰ geboten. Das war die Kriegserklärung. Am Streik sind 265 Kollegen beteiligt, 60 arbeiten bei sieben Unternehmern zu den neuen Bedingungen. Die „Christlichen" wollten anfänglich Winkelzüge machen, ihre Organisation sei von uns ignoriert worden; das ist aber keineswegs der Fall. Sie sind zeitig genug von unserer Forderung unterrichtet worden. Am 4. August beschlossen sie mit 21 gegen drei Stimmen den Anschluß an den Streik. Die Situation ist durch die rege Bautätigkeit sehr günstig; die Nachfrage nach Maurern in der Umgegend kann kaum befriedigt werden. Der Kampf wird voraussichtlich hartnäckig werden, aber der Sieg ist uns sicher.

Gau Leipzig. Der Streik in Zwickau ist beendet. Der erbitterte Kampf endete mit einem glänzenden Siege unserer Kollegen. Nach wiederholten vergeblichen Unterhandlungen kam es schließlich Sonnabend, den 3. August, zu einer Einigung. Es wurde folgendes Abkommen getroffen:

Die zehnstündige Arbeitszeit wird sofort bewilligt. Der Stundenlohn beträgt für das Jahr 1906 und bis Ende Februar 1907 40 ₰; vom 1. März 1907 bis Ende 1907 41 ₰.

Maßregelungen einzelner Arbeiter durch Unternehmer sowie Sperren einzelner Unternehmer und Belästigungen derjenigen Arbeiter, die nicht gestreikt haben, durch die Arbeiter haben nach Friedensschluß zu unterbleiben. Die Meister, deren Poliere ohne Kündigung die Arbeit verlassen haben, brauchen diese Poliere nicht wieder bei sich einzustellen.

Dem Uebereinkommen des einzelnen Unternehmers mit den Arbeitern seines Betriebes bleibt die Festsetzung der Mittagsstunde im Winter und die Regelung der Bezahlung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit überlassen.

Die bisherige Streikleitung unterläßt vom 4. August an das Ausstellen der Streikposten und sorgt auch für die Herbeiziehung der Arbeitskräfte.

Streitigkeiten aus diesem Abkommen entscheiden die beiden Vertreter Schmidt (Unternehmer) und Zettel (Vertreter der Gesellen) sowie der unterzeichnete Oberbürgermeister.

Herr Schmidt erklärt Annahme dieses Abkommens für seine Auftraggeber. Herr Zettel verspricht für Annahme desselben durch seine Auftraggeber einzutreten.

Diese Abmachungen wurden in der Gesellenversammlung am Sonnabend, den 4. August, nach erregter Debatte gegen eine Stimme genehmigt. Außerdem wurde noch beschlossen, keine Akkordarbeit mehr zu übernehmen und Ueberstunden nur dann zu machen, wenn andere Arbeiter bei Unterlassung der Ueberstunden in ihrem Erwerb gehindert würden. Die Arbeit ist Montag, den 6. August, wieder aufgenommen worden.

Aus Zeitz wird berichtigend mitgeteilt, daß von den 300 beschäftigten Maurern nicht 160, sondern 178 ausgesperrt sind. 20 Gesellen waren schon vor der Aussperrung abgereist und 34 arbeiten zu den neuen Bedingungen, so daß die Unternehmer nicht 100, sondern nur 42 „Arbeitswillige" beschäftigen. Abgereist sind 142 Kollegen.

Gau Nürnberg. In dem Streik resp. Aussperrungsgebiet Nürnberg-Fürth, wozu auch Burgfarnbach gerechnet werden kann, ist in der letzten Woche eine kleine Verschiebung der Dinge eingetreten. Gleich vom Anfang der Bewegung an hatten einige sogenannte Strohmänner unsere Forderungen bewilligt, die sich in der letzten Zeit dazu verleiten ließen, Arbeiten von größeren Baufirmen, die unsere Forderungen nicht bewilligt hatten, zu übernehmen; wieder andere wollten die bewilligten Forderungen, nachdem sie die dringendsten Arbeiten fertiggestellt hatten, nicht mehr einhalten. Aus diesen und noch anderen Grün-

den hielt man es für taktisch richtiger, bei allen diesen kleinen Krautern die Arbeit auch einzustellen. Dies machten sich unsere Handvoll Christen mit noch einer Anzahl Indifferenter zu nutze und besetzten die von unseren Kollegen verlassenen Baustellen, so daß die Zahl der Streikbrecher in dieser Woche um 35 gestiegen ist, was an und für sich nichts bedeuten will; denn damit wurde von Anfang an gerechnet, daß die Auchgewerkschaftler ein solches Manöver machen würden. Doch wer zuletzt lacht, lacht am besten. Ein Teil von den Streikenden ist wieder abgereist und hat auswärts lohnende Arbeit erhalten.

Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, von außerhalb Arbeitswillige zu erhalten. Da das Inserieren in auswärtigen Zeitungen und dergleichen nichts nützt, haben einzelne Unternehmer an ihren Wohnhäusern Plakate angeschlagen, daß unorganisierte Arbeiter eingestellt werden; aber niemand meldet sich. Da die schwarzen Listen ihren Zweck nicht erreichten, so fährt immer ein Unternehmer den abreisenden Streikenden eine Strecke weit nach, um zu erfahren, wohin die Reise geht. Aber auch damit hatten die Herren kein Glück, und selbst dann nicht, wenn gleich hinterher der Steckbrief folgte. Von diesen wollen wir einen veröffentlichen und ihn dem Staatsanwalt zur gefälligen Beachtung empfehlen:

Verband der Abbeitgeber im Baugewerbe Mittelfrankens in Nürnberg.

Nürnberg, den 24. Juli 1906.

Herrn Maurermeister Winkler, Roßstall.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, befinden sich unsere Maurer und Bauhilfsarbeiter seit dem 4. Juli im Ausstand, nachdem wir ihre unverschämt hohen Forderungen nicht bewilligen konnten. Wie uns mitgeteilt wurde, beschäftigen Sie die Maurer (folgen die Namen) und glauben wir sicher keine Fehlbitte zu tun, wenn wir Sie bitten, diese Maurer, welche organisiert und bei uns in den Streik eingetreten sind, sofort zu entlassen.

Gleichzeitig legen wir Ihnen nahe, ob Sie sich nicht in unseren Arbeitgeberverband als Mitglied aufnehmen lassen wollen, nachdem wir annehmen, daß auch Sie bald durch die Arbeiterorganisationen in Lohnkämpfe verwickelt werden dürften.

Mit kollegialischem Gruß
Verband der Arbeitgeber im Baugewerbe Mittelfrankens in Nürnberg.
Der Vorstand. In dessen Auftrag der Vorsitzende:
Ludwig Popp.

Wenn Sie bedenken, wie gut unsere Arbeiter organisiert sind und wie diese ihre Organisation ausnützen, um ganz unberechtigte Forderungen uns gegenüber durchzudrücken, so glauben wir sicher, kommen auch Sie zu der Ansicht, daß wir nur dann diesen unberechtigten Forderungen entgegentreten können, wenn alle Kollegen vereinigt und in einem starken Arbeitgeberverband zusammengeschlossen sind. Wir sehen Ihrer geschätzten Mitteilung in Bälde entgegen.

Am 5. August fand in Nürnberg eine Versammlung aller Bau-, Maurer- und Zimmermeister statt, die von den Herren vom „Mittelfränkischen" einberufen war; über ihr Ergebnis sind wir zur Zeit noch nicht unterrichtet.

Ob die Herrschaften mit der tatkräftigen Unterstützung aller ihrer Kollegen in unserem Vaterlande eine Aussperrung in größerem Stile planen, wissen wir zwar nicht, es dürfte aber sehr unwahrscheinlich sein, die Unternehmer des Baugewerbes in Bayern werden sich wohl von den Nürnbergern nicht einseifen lassen. Und bekanntlich hängen die Nürnberger keinen, bevor sie ihn haben.

In Bayreuth haben die Hülfsarbeiter, Maurer und Zimmerer die Zumutung, die Arbeit zu den alten Bedingungen aufzunehmen, abgelehnt und sind fest entschlossen, den Kampf mit den protzenhaften Unternehmern bis zum äußersten zu führen. Der Stand des Streiks ist noch immer gut zu nennen, da von den vor dem Streik beschäftigten Maurern erst 17 pZt. ersetzt sind. In der letzten Woche sind die letzten fünf von den Mutlosen zu Arbeitswilligen geworden. Das macht aber nicht viel aus. Die Streikenden haben in der letzten Woche Spaziergänge unternommen, ohne daß sich die Polizei dazwischen gemengt hätte, was von Nürnberg nicht gesagt werden kann; denn dort geht die Polizei in provozierender Weise vor, und fast täglich kommt es vor, daß Unbeteiligte verhaftet werden, weil sie irgendwo stehen geblieben sind, wo es die Herren Polizeier nicht haben wollen.

Von Bamberg haben wir in unserem letzten Bericht mitgeteilt, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bereitwilligst eine Unterhandlung zusagte; als aber in der Sache Ernst gemacht werden sollte, wurde eine solche, sowie auch jede Lohnerhöhung abgelehnt. Dies wurde den Kollegen in einer Versammlungseinladung mitgeteilt, und man hätte glauben sollen, daß die Kollegen in dieser Versammlung auch alle erscheinen würden, um einen dem Verhalten der Unternehmer entsprechenden Beschluß zu fassen; aber weit gefehlt. Unsere Kollegen sind zufriedene Leute geworden; von den 244 am Orte beschäftigten Maurern erschienen in der Versammlung nur 80. Damit war natürlich ein ernsthaftes Vorgehen ausgeschlossen. Die Bamberger Kollegen werden die Sache mit etwas mehr Ernst behandeln müssen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Löhne erstreben wollen; denn mit solchen nur auf dem Papier stehenden Forderungen, denen jeder Hinterhalt fehlt, läßt sich das Unternehmertum nicht imponieren.

Gau München. In der Lage des Maurerstreiks in Landshut in Bayern ist eine nennenswerte Aenderung nicht eingetreten. Den Unternehmern ist es immer noch nicht geglückt, Streikbrecher heranzuziehen. Auch unter den Streikenden am Orte selbst ist kein Abtrünniger zu verzeichnen, obgleich der Streik nun schon sieben Wochen dauert. Nur die Bahnverwaltung hat es nicht unterlassen können, den Unternehmern in der Weise helfend beizuspringen, daß sie ihre Bahnhofregiemaurer als Streikbrecher zur Fertigstellung einer im Bau begriffenen Güterhalle, die vertragsmäßig an Baumeister Rädler zur Ausführung übergeben war und daher als Streikarbeit gilt, abkommandierte. Opfermutige Ausdauer der Streikenden garantiert uns den Sieg, auch wenn die Meister noch wochenlang auf ihrem protzigen Herrenstandpunkt beharren sollten.

In Augsburg wurden die beiden Parteien zu einem Einigungsversuch vor das Gewerbegericht geladen. Die Unternehmer gebärdeten sich sehr protzig und erklärten, nichts bewilligen zu wollen. Sie muteten den Kollegen zu, bedingungslos die Arbeit aufzunehmen. Die Vertreter der Maurer erklärten, nach diesem Verhalten der Unternehmer ebenfalls strikte ihre Forderungen zu behaupten. Der Kampf muß also auf das entschiedenste weitergeführt werden. Leider haben wir in Augsburg gegen alle Seiten zu kämpfen. Die sogenannten Weißputzer arbeiten seit Beginn des Streiks direkt als Streikbrecher. In ihrer letzten Versammlung war ein Vertreter des Hauptvorstandes aus Hamburg erschienen. Er legte der Versammlung klar, daß das Verhalten der Weißputzer als direkter Streikbruch zu betrachten sei.

Einstimmig wurde beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Ebenso einmütig wurde aber auch am nächsten Tage der Streikbruch fortgesetzt. Auch die Verwaltungsmitglieder arbeiten als Streikbrecher. Der zweite Vorsitzende Sellmer, der den Streikbruch organisierte, ging scheinshalber auf eine andere Arbeit, um auf der bisherigen Arbeit zwei anderen Streikbrechern Platz zu machen. In vorletzter Woche, also vor dem Beschluß, arbeiteten 35, in letzter Woche 40 Weißputzer als Streikbrecher, was den Beschluß, die Arbeit niederzulegen, richtig charakterisiert. Vieles sind wir von den Weißputzern gewöhnt, aber eine derartige Charakterlosigkeit und einen solchen schnöden Wortbruch hätten wir auch dieser Sorte von Menschen nicht zugetraut. Alles Weitere zu gegebener Zeit.

Leider hat sich durch den Streikbruch der Weißputzer auch eine Anzahl Maurer dazu verleiten lassen, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Zwar reichen die Streikbrecher noch lange nicht aus, den Streik illusorisch zu machen, aber der Kampf ist ungemein erschwert und wird desto größere Anforderungen an die kämpfenden Kollegen stellen.

Der Zuzug von außerhalb ist trotz der größten Anstrengungen der Bauprotzen ganz unbedeutend, daher wird auch dieser schwere Kampf nicht erfolglos bleiben, wenn die Kollegen ihre Pflicht tun und mit Feuereifer ihrem Ziele zustreben.

In Simbach a. J., wo erst im heurigen Jahre die Organisation gegründet wurde, haben unsere Kollegen einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Der Lohn betrug bisher durchschnittlich 24 ₰ pro Stunde. Da heutzutage auch der genügsamste Arbeiter mit einem derartigen Lohne nicht mehr auskommen kann, stellten die Kollegen die Forderung, den Lohn auf 28 ₰ zu erhöhen. Drei kleinere Unternehmer bewilligten die Forderung, während über den vierten und bedeutendsten die Sperre verhängt werden mußte. Nach dreitägiger Sperre genehmigte auch dieser, so daß die Kollegen mit dem Erfolge gut zufrieden sein können. Auf einen Tarifabschluß verzichteten unsere Kollegen, da auch der jetzige Lohn noch lange nicht für die Simbacher Verhältnisse ausreicht.

Diese Gelegenheit wollte nun der christliche Agitator ohne Mitglieder, Herr Brückner, nicht vergessen. Einige Tage darauf wurde er bei den Unternehmern vorstellig; die drei kleinen Unternehmer waren selbstverständlich auch damit einverstanden, daß die fünf christlichen Maurer auch in Zukunft den uns bewilligten Lohn erhalten. Unternehmer Loib aber, der durch unsere Sperre zu dem Zugeständnis veranlaßt wurde, gab Herrn Brückner den wohlverdienten Fußtritt, den Brückner und seine fünf Getreuen mit Dank annahmen. Mit welchen Mitteln Brückner übrigens arbeitet, sei hier kurz festgestellt.

In Landshut befindet sich nur noch ein „Christlicher als Streikender", alle Uebrigen einschließlich des Vorsitzenden sind Streikbrecher. Mit diesem einzelnen Streikenden begab sich Ehren-Brückner zu den Unternehmern und wollte mit ihnen einen Tarif auf 38 ₰ abschließen. Gefordert sind unsererseits 45 ₰ pro Stunde. Auch dort erhielt Brückner den wohlverdienten Fußtritt. Die christliche „Baugewerkschaft" schreibt: „Die Unterhandlung mit den Christlichen ist gescheitert, also wird der Kampf weitergeführt."

Ein Streikender und zehn Unternehmer. Zu gleicher Zeit aber, wo die „Baugewerkschaft" diesen Artikel verbrach, berief in Geisenhausen bei Landshut ein jugendlicher, aber gelehriger Schüler des Brückner, nämlich Schlagintweit, eine Versammlung ein, in der er über „die unverschämten Forderungen der Landshuter Maurer" referierte. Dies zur Charakteristik dieser Arbeiterverräter.

Es würde schade um den Raum sein, mehr Worte über diese Ehrenmänner zu verlieren.

Gau Stuttgart. Den Unternehmern von Ulm-Neu-Ulm und Söflingen ist es endlich eingefallen, der vereinigten Lohnkommission der Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter mitzuteilen, daß sie bereit sind, zu einer Vorbesprechung zusammenzukommen. Wie die Herren aber versuchen, ihre alten Arbeiter wiederzugewinnen, zeigen folgende Schreiben:

An Maurer J. Z. in W.

Wie Ihnen bekannt sein wird, sind in verschiedenen Geschäften einzelne Arbeiter wieder zur Arbeit zurückgekehrt, so z. B. Hiller alt und jung und Gerstenbauer, auch haben auf nächsten Montag noch einige unserer Maurer ihr Kommen in Aussicht gestellt, was uns veranlaßt, auch bei Ihnen anzufragen, ob Sie vielleicht auch gewillt wären, in den nächsten Tagen wieder zu uns zu kommen; wir möchten hierbei bemerken, daß vor allen Dingen für diejenigen Maurer, welche nicht in den Ausstand getreten sind, oder aber vor Beendigung des Streiks wieder in Arbeit gestanden sind, für Winterarbeit, soweit dies irgend möglich ist, gesorgt wird.

Als weiteres möchten wir unsere bisherigen Arbeiter, welche schon länger bei uns waren, in erster Linie berücksichtigen, bevor wir ganz fremde Leute einstellen.

Indem wir um ruhige Ueberlegung und sachliche Auffassung dieser Zeilen bitten, zeichnen

Achtungsvoll Rapp & Faul.

Zu bemerken ist, daß bei diesen Herren alle Maurer in den Ausstand getreten sind. Einige davon haben die Arbeit wieder aufgenommen. Es scheint also, mit diesen Elementen nicht recht gehen zu wollen. Auch ist in dieser Falle noch keiner gefangen worden. Ein weiteres Schreiben eines Unternehmers, der auch eine große Rolle spielt, ist interessant:

Ulm, den 9. Juni 1906.

P. P.

Nach den vom Baugewerkeverein betätigten Feststellungen sind die bei mir ausgetretenen 9 Maurer die Einzigen, welche nachträglich dem Streik beitraten (in Arbeit stehen hier noch über 200 Maurer).

Ich führe die von meinen Leuten mir gegenüber gezeigte unnoble Gesinnung auf das von mir jederzeit Ihnen bewiesene Entgegenkommen zurück (Weihnachtsgeschenke, Lohnaufbesserung usw.). Selbstredend werde ich aus der mir gegebenen Lehre künftig in Arbeiterfragen meine Konsequenzen ziehen. Lindemann.

Eine ganze Reihe von solchen und anderen Schreiben könnten noch gegeben werden. Es sei aber genug damit. Zeigen doch alle diese Anstrengungen der Unternehmer, wie wirksam der Streik ist. Er wird auch mit aller Energie weitergeführt, bis es den Herren Bauprotzen gefällig ist, die Organisation der Gesellen anzuerkennen und mit ihr einen annehmbaren Vertrag abzuschließen.

Gau Mannheim. In Schiffweiler, Landsweiler und Heiligenwald (Saargebiet) ist die Lohnbewegung erfolgreich beendet. Ein Teil der Unternehmer hatte erklärt, „wenn Witte (der größte Unternehmer) bewilligt, so bewilligen wir auch." Eigentümlich war das Verhalten der christlichen Leiter. Die Lohnbewegung wurde gemeinsam geführt. Witte erkannte den Tarif unterschriftlich an, bei den übrigen wurde die Kündigung eingereicht. Vor Ablauf der Kündigung liefen nun die Christlichen zu den Unternehmern, um die Unterschrift zu holen, ohne uns davon eine Mitteilung zu machen. Die Unternehmer unterschrieben auch bis auf zwei. Nun erklärten jedoch die ersteren, „wenn die beiden nicht unterschreiben, gilt der Tarif für uns auch nicht." Statt nun gegen diese zwei Unternehmer ernstlich vorzugehen, drückten sich die christlichen Führer. Deshalb wurde unserseits die Sperre verhängt. Nach anderthalb Tagen waren auch diese beiden zum Frieden geneigt und unterschrieben den Tarif.

In Friedrichsthal läuft die Kündigung am 11. August ab.

In Neunkirchen haben 180 Kollegen die Kündigung eingereicht.

In Colmar gestaltet sich der Streik immer günstiger. Es haben wieder einige Unternehmer bewilligt, so daß jetzt etwa 50 pZt. der Maurer zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die noch fehlenden Unternehmer dürften nach dieser Lage wohl auch nicht mehr lange auf sich warten lassen. Im Streik stehen noch 27 Kollegen.

In Metz geberden sich die Unternehmer noch recht spröde. Es ist folgende Antwort eingelaufen:

Metz, den 2. August 1906.

An die Lohnkommission der Maurer. Bezugnehmend auf die unseren Innungsmitgliedern übersandte Lohnforderung der Maurer, teilen wir Ihnen höflichst mit, daß wir nicht abgeneigt sind, bezüglich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Unterhandlungen zu treten. Es ist zu diesem Zweck eine aus fünf Arbeitgebern bestehende Kommission ernannt worden, welche mit einer gleich starken Kommission von Arbeitnehmern in Verbindung treten wird. Wir ersuchen Sie, veranlassen zu wollen, daß fünf Metzer Maurergesellen, die bei hiesigen Meistern noch in Arbeit stehen, dazu bestimmt werden, und wollen uns deren Namen behufs Einladung zugehen lassen.

Die fünf zu erwählenden Metzer Maurergesellen haben in der von hier aus einzuberufenden Versammlung den schriftlichen Nachweis zu erbringen, daß sie tatsächlich noch bei hiesigen Meistern beschäftigt sind.

Unsere Innungsmitglieder und die Angehörigen des Deutschen Arbeitgeberbundes sind von uns angehalten worden, diesen schriftlichen Ausweis auf Verlangen zu geben.

Achtungsvoll (Unterschrift).

Die Metzer Herren, die sich auf diese Weise um die Anerkennung der Organisation drücken wollen, werden wohl noch etwas von dem hohen Roß heruntersteigen müssen, wenn sie Frieden haben wollen. Wir maßen uns natürlich nicht an, den Unternehmern vorzuschreiben, wen sie zu den Unterhandlungen zu delegieren haben, ebensowenig aber lassen wir uns darin Vorschriften machen.

Gau Frankfurt a. M. In Eltville haben die Kollegen bei der Firma Gebr. Bott die Arbeit niedergelegt und die Sperre über das Geschäft verhängt. Dort wollte man schon im Frühjahr eine Lohnforderung durchsetzen, mußte jedoch davon Abstand nehmen, weil die erhoffte gute Bautätigkeit nicht kam. Jetzt ist es damit besser geworden und nun gab die Firma Bott durch Maßregelung einiger Kollegen den Anstoß zur Arbeitsniederlegung. Der Zuzug ist von Eltville und Erbach fernzuhalten.

Gau Cöln. In Elberfeld-Barmen haben zwar Verhandlungen stattgefunden, zu einer Verständigung ist es jedoch noch nicht gekommen. Bei diesen Verhandlungen versuchte die Stadtverwaltung besonders, wenigstens für die Tiefbaumaurer, zu einem Abschluß zu gelangen. Aus guten Gründen: In vielen Straßen ist man jetzt mit der Kanalisation beschäftigt und da infolgedessen überall die Straßen aufgewühlt sind, so möchte man gern für die Maurer, die dabei beschäftigt sind, den Streik beilegen. Zumal auch bei dem häufigen Regenwetter die ausgeschachteten Gräben allerlei Unheil angerichtet haben. Natürlich konnten wir nicht darauf eingehen, gerade die besten Trümpfe aus der Hand zu geben. Erst wenn die Angelegenheit aller Streikenden geregelt ist, kann die Arbeit an der Kanalisation wieder aufgenommen werden. In einer der Hauptstraßen, der Hofaue, ist die Lage besonders prekär. Da wollte man nun dadurch Abhülfe schaffen, daß die von dem Stadtbauamt angestellten Maurer, die sonst die Ausführung der Arbeiten durch die Privatunternehmer zu überwachen haben, als Arbeitswillige in die Bresche springen sollten. In der Stadt kursierte das Gerücht, daß es am 1. August, Mittags, mit der Arbeit losgehen sollte. Wie es nicht anders sein konnte, hatte sich ein großes Publikum angesammelt, um sich dies Schauspiel anzusehen. Alles war vorbereitet. Ein Lehrling des Unternehmers Hufenbecher packte bereits das funkelnagelneue Geschirr aus, mit dem sich die städtischen Maurerbeamten als Arbeitswillige produzieren sollten. Material war schon zur Stelle, kurz, es war alles zur Vorstellung bereit." Da, wie das Signal zum Anfang gegeben wurde, verweigerten die Leute die Arbeit! Kein Zureden konnte sie bewegen, die ihnen zugedachte schimpfliche Rolle zu spielen. Es war wieder nichts. Herr Hufenbecher stand dabei, wie Butter an der Sonne. Den Leuten aber, es sind ihrer sechs, müssen wir unsere Anerkennung aussprechen. Aus alledem geht hervor, daß unsere Sache gut steht. Je früher die Unternehmer die Nutzlosigkeit ihres Widerstandes einsehen, umso besser für sie.

Gau Braunschweig. Den Bemühungen des Braunschweiger Arbeitgeberverbandes ist es doch gelungen, einen Transport von rund 60 Böhmen nach Braunschweig gelangen zu lassen. Die freudestrahlenden Gesichter der Unternehmer verloren jedoch bei dem Eingug dieser Bassermannschen Gestalten ihren Glanz. Der Empfang war der Bedeutung der Sache angemessen. Außer einem Haufen Unternehmer und deren Helfershelfern war Herr Polizeiinspektor Bussenius, der den Streikenden erzählte, daß „kein Spaß gemacht" werde, mit einem Aufgebot von 30 bis 40 Schutzleuten, die größtenteils mit Revolvern versehen waren, zur Stelle. Der Transport der Importierten nach deren Unterkunftsräumen, die von den Ziegeleien in bereitwilligster Weise zur Verfügung gestellt wurden, glich dem einer Sklavenkarawane, aus der die Internierten dergestalt die starke Schutzmann- und Unternehmerkette zu durchbrechen versuchten. Vor dem Kasernen ist ein Schutzmannsposten aufgezogen. Auch eine Ehrenwache der Unternehmer dabei zu bemerken, die Bier spendierend, faule Witze machend, Fußweg versperrend, dort herumlungert, um die Streikenden von den Importierten fernzuhalten. Dem Geschirr nach zu urteilen, sind 25 Zimmerer bei den 60 „Eingewanderten". Ob diese Leute, ohne daß sich die Unternehmer dabei in die Haare kriegen, richtig verteilt werden können, wollen wir noch abwarten.

Die Streiks in Peine und Schöningen stehen vor wie nach günstig. Die abgereisten Kollegen müssen mit dem Wiederkommen jedoch so lange warten, bis der Streik beendet und wir im „Grundstein" die Beendigung desselben bekannt geben. Zuzug von allen diesen Orten ist streng fernzuhalten.

Gau Hannover. Die Sperre an den Wohnhausbauten des Kalischachts Eime hat gewirkt. Am 1. August fand in Gronau eine Verhandlung mit den Unternehmern des Kreises statt, die auch zu einer Einigung führte, mithin konnte die Sperre aufgehoben werden. Den dort getroffenen Abmachungen gemäß beträgt der Stundenlohn vom 8. August 1906 bis 31. März 1907 37 ₰ und vom 1. April 1907 bis 31. März 1909 39 ₰. Falls innerhalb der Vertragszeit eine Verteuerung der Lebensbedürfnisse eintreten sollte, findet im Jahre 1908 eine gemeinschaftliche Kommissionssitzung statt, um für dieses Jahr einen höheren Lohn festzulegen. Ueberstunden, Sonntags-, Brunnen-, Wasser- und Ueberlandarbeiten sind der freien Vereinbarung überlassen. Das wären die wichtigsten Bestimmungen der getroffenen Vereinbarung, die noch der Zustimmung der dortigen Kollegen bedarf. Aber leider ist durch besondere landräthliche Gunst im ganzen Kreise Gronau für die Maurer kein Lokal zu haben. Jetzt, zur Zeit der Roggenernte, wäre wohl die Möglichkeit einer Versammlung unter freiem Himmel gegeben, aber — wir möchten schon heute Tausend gegen Eins wetten, falls nicht andere Gründe noch triftiger sind, würde man wegen drohender Feuersgefahr eine solche nicht genehmigen können, zumal doch die Maurer aller Laster vollsind und deshalb auch rauchen. Dadurch könnte durch achtloses Wegwerfen eines Streichhölzes leicht ein Brand entstehen, dessen Folgen womöglich schlimmer ausfallen könnten als der Brand der Michaeliskirche in Hamburg. Deshalb darf man sich in dieser Hinsicht keiner Hoffnung hingeben. Doch ein rettender Engel ist uns in der Gestalt der Unternehmer gekommen. Diese haben, von uns auf den Zustand hingewiesen, sich bereit gefunden, sich bei den zuständigen Behörden für uns zu verwenden. Und da eine gute Fürsprache einen Taler wert ist, hilft es vielleicht, vielleicht auch nicht! Auf jeden Fall werden wir uns einzurichten verstehen.

Die Aussperrung in Minden i. W. dauert noch fort. Die Unternehmer, die nicht im Arbeitgeberbund sind, haben alle unsere Forderung bewilligt. Am 4. August bewilligte noch der Unternehmer Sierig, ohne daß es bei ihm zur Arbeitseinstellung kam. Der Kampf wird also nur noch mit dem Arbeitgeberbund geführt. Seine Mitglieder machen die Hälfte des Mindener Unternehmertums aus. Um uns einen kleinen Scherz zu bereiten, schrieb uns am Donnerstag der Arbeitgeberbund, daß, wenn wir am 6. die Arbeit bedingungslos wieder aufnähmen, sie dann sofort eine Lohnerhöhung von 2 ₰ eintreten lassen wollten. Also jetzt, nach siebenwöchigem Kampfe, mutet man uns zu, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, um dann von den Herren Unternehmern aus Gnade und Barmherzigkeit 2 ₰ mehr zu erhalten. Dies wurde aber in einer am Samstag Abend abgehaltenen Versammlung energisch abgelehnt. Mögen darum die Mindener Kollegen, die in der Fremde weilen, ruhig weiter arbeiten, damit wir, da Streikbrecher fast gar nicht vorhanden sind, den Kampf siegreich zu Ende führen können.

Gau Hamburg. In Lüneburg haben sich die Unternehmer noch zu keiner Unterhandlung bereit gefunden. Ihr Bemühen, Arbeitswillige herbeizuschaffen, ist jetzt von Erfolg gewesen; es ist ihnen so ein halber Bauunternehmer aus Deutsch-Evern in die Hände gefallen. Dieser arbeitet seit Jahren bei einem hiesigen Maurermeister an der Bahnstrecke und zwischendurch arbeitete er selbständig für sich. Der Maßreißen macht aber den Kohl nicht fett.

Aus der Schweiz.

Basel. Nach langem, schwerem Kampfe im vorigen Jahre ist es gelungen, die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen, ebenso den Lohn um ein paar Rappen pro Stunde zu erhöhen. In Bezug auf den Bauarbeiterschutz wurde jedoch nichts geändert. Baubuden, Aborte, Gerüste usw. befinden sich in einem allem menschlichen Gefühlen hohnsprechendem Zustande. In den Baubuden gibt es ein oder nur in ganz ausnahmsweisen Fällen Fenster; Oefen werden nur dann angebracht und geschlossen, wenn der Meister Kalk, Zement, Ketten, Seile, Rüstklammern, Karren, Schippen, Pickeln usw. darin aufbewahrt. Das Dach ist in der Regel nur durchwasserdicht, wo Kalk und Zement vor dem Verderben geschützt werden müssen; die Kleider der Arbeiter dürfen nach Meinung der Meister naß werden. Daran ist ganz nicht zu denken, daß mitgebrachte Lebensmittel in den Baracken so verwahrt werden können, daß man sie mit Appetit verzehren könnte. Wer vielleicht meint, in eine Baubude gehören Fußboden oder gar Tische und Bänke, der kennt den Mangel an Brettern und Dielen nicht, der durchgängig auf allen Bauplätzen herrscht. Aborte? Es gibt allerdings auf den meisten Bauplätzen in der Regel direkt an der Baracke angefügte Bretterverschläge, die die Meister Abort nennen. Eine Schilderung dieser „Abortanlagen" ist gar nicht möglich, wenn man nicht befürchten will, gegen die Sittlichkeitsgesetze zu verstoßen. Nur einiges sei erwähnt:

1. Man braucht nicht hineinzugehen, um zu sehen, ob besetzt ist, das sieht man bequem von außen, ja sogar oft von der Baubude aus, wenn man ans essen ist.

2. Um auf der Hopfenstange oder gar auf dem Brett, das hochkantig angenagelt oder angeklammt ist, sitzen zu können, möchte man schon eine Lehrzeit bei einem Akrobaten oder Seiltänzer absolviert haben, wenn mer da glaubt, es seien sogenannte Brillen und Bretter zum Sitzen und Drauftreten vorhanden, der ist gewaltig im Irrtum; bis in der Schweiz für Bauarbeiter üblichen „Aborte" sind einfacher. Erst gräbt man ein Loch in die Erde, schlägt vier Pfähle ein, nagelt einige Bretter an diese, und als Sitzgelegenheit dient der oben erwähnte Stange oder das Brett. Damit wird nicht gerechnet, daß bei der Benutzung des „Abortes" der Boden unter den Füßen in die Grube bröckelt. Würde man wenigstens ein Brett unter den Füßen haben, so würde es wohl etwas seltener vorkommen, daß die Arbeiter Schuhe und oftmals auch die Beine aus dem „Abort" ziehen müßten. Doch daran stirbt man nicht, anders liegt es bei den Gerüsten und den Barrieren, aber Schutzbretter? In den meisten oder fast allen Fällen wird der sogenannte Grund, also die Kellermauern, in Beton ausgeführt. Dazu braucht man Dielen zur Einschalung, die aber der arme Meister selten besitzt, und da hilft man sich, indem man die Gerüste und Balken davon entblößt. Daß dadurch die Unfallgefahr aufs höchste gesteigert wird, ist ohne weiteres klar. Es mag zugegeben werden, daß nicht in allen Fällen direkt der Meister die Schuld daran trägt, auch die Poliere tragen erheblich durch Jagen und Antreiben Schuld an den schlechten Gerüsten, daß sich dabei diejenigen „Poliere" am meisten hervortun, die am wenigsten vom Fach verstehen, wird auch wo anders beobachtet.

Doch nicht allein die Meister und Poliere oder die Maurer tragen durch Unachtsamkeit und Leichtsinn oder falsche Sparsamkeit zur Vergrößerung der Unfallgefahr bei, auch der Wind wird beschuldigt, zu den Unfällen beizutragen. Als Beispiel diene folgender Fall: In der Nähe des neuen Bundesbahnhofs führt die Firma La Roche, Stähelin & Co. einen Hotelneubau auf. Auf dem Gerüst, das, nebenbei bemerkt, aus Rundholz hergestellt ist, steht oder stand eine fahrbare Winde zum Aufziehen der Fassadensteine. Dienstag, den 24. Juli, setzte ein Windstoß die Winde in Bewegung, d. h. der Wind trieb die Maschine auf den Geleisen hin und warf sie in das Nachbargrundstück hinab, dabei zwei italienische Arbeiten sofort tötend, während einer sich durch einen schnellen Sprung zur Seite retten konnte. Wenn man nun annimmt, daß es möglich ist, daß der Wind diese gewiß nicht leichte Maschine von sich hertreiben kann, so dürfte aber doch kein Mensch glauben, daß ein Sturm, zehnmal stärker als der erwähnte, in der Lage ist, eine derartige Maschine wegzutreiben, wenn genügend Schutzvorrichtungen vorhanden sind. Nach Angabe von Augenzeugen haben die Getöteten versucht, die Bremse in Bewegung zu setzen, warum geschieht das nicht stets? Oder hat die Bremsvorrichtung nicht funktioniert? Vielleicht ist das bei der gerichtlichen Untersuchung festzustellen. Ob Vorerwähntes vorlag, hatten allerdings Polizei oder die Getöteten zu untersuchen und eventuell abzustellen; ohne Zweifel ist aber die Firma und auch der Polier dafür verantwortlich, daß die Maschine vom Gerüst stürzen konnte, und zwar deshalb, weil die Schienen, auf denen die Maschine lief, an ihren Ausgangspunkten nicht genügend abgeschlossen waren; denn statt daß die Schienen, wie bei der Eisenbahn, an ihren Endpunkten nach oben gebogen oder mit eisernen anschraubbaren Gleisverschlüssen versehen waren, hat man einfach ein Holz quer über die Schienen gelegt und es angeklammert, vielleicht auch noch angebunden; man sieht also hieraus, daß zum mindesten eine grobe Fahrlässigkeit vorliegt.

Es wäre doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn man den Wind oder Sturm für Gerüsteinstürze oder Herunterfallen von Maschinen verantwortlich machen dürfte, wo nachweislich für wenige Franken dem Unglück vorgebeugt werden kann; aber in den Gesetzen und Vorschriften steht nicht ausdrücklich, daß die Schienen nach oben gebogen sein müssen, und der profitgierige Kapitalist spart auf Kosten der Arbeiter und deren Leben. Die Untersuchung mag ergeben, was sie will, die Arbeiter sollen aber hieraus lernen, selbst danach zu sehen, ob auf den Bauten und Gerüsten alles in Ordnung ist; die Ausrede, wenn ich mich beschwere, werde ich entlassen, darf es nur für Feiglinge geben; Männer werden dafür sorgen, daß derartige Zustände beseitigt werden.

Zwei blühende Menschenleben von 19 und 29 Jahren wurden dem Mammom geopfert; eine Witwe mit vier Kindern betrauert den Ernährer, und Brüder und Schwestern folgten grollend und weinend den Särgen; die Baseler Bauarbeiterschaft aber demonstrierte in der Zahl von 1400 Mann gegen die Mißstände im Baugewerbe. Habt Ihr es gesehen, Ihr Baseler Baumeister und Poliere? Habt Ihr das Murren gehört? Habt Ihr aus den Worten am Grabe gehört, was die Baseler Bauarbeiter wollen? Sie wollen Schutz für Leben und Gesundheit auf den Bauten. Nicht dadurch werden die Bauarbeiter zufriedengestellt, daß man die „Nörgler" entläßt und dafür sorgt, daß sie bei anderen Meistern keine Arbeit erhalten; nicht dadurch werden Mißstände beseitigt, daß man sogenannte Arbeitsbücher anfertigt und darin die Unzufriedenen kennzeichnet. Benutzt dieses Geld für Beseitigung der Mißstände, dafür ist es sicher besser angewendet.

Der nun gerade noch von der Arbeitsbüchern die Rede ist, so sei hiermit jedem Bauarbeiter der Rat gegeben, die Bücher zu nehmen und zu vernichten; wir werden ja sehen, ob die Herren Lust haben, eine Neuauflage herstellen zu lassen.

Die Streiks in St. Imier und Olten sind zu Gunsten der Streikenden beendet, dagegen wird in Zürich, Lausanne und Neuchâtel der Kampf mit aller Erbitterung weitergeführt; in letzteren beiden Orten ist die Unterstützungszeit seitens des Unternehmerverbandes, acht Wochen, bald abgelaufen und dürften die Meister wohl bald zum Nachgeben gezwungen sein. Aus Kreuzlingen wird Klage geführt über starken Zuzug.

In Anbetracht der hohen Anforderungen, die an die Kasse des Verbandes gestellt werden, ist es Pflicht, daß jeder Kollege seinen Streikfondsbeitrag bezahlt; bei Einsendung von Geldern ist es nötig, daß auf dem Postabschnitt genau angegeben wird, wofür das eingesandte Geld ist.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Unser Postamt trägt jetzt nicht mehr die Nr. 7, sondern 1. Im übrigen bleibt unsere Adresse unverändert.

Broschüre, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit. Die vor einigen Wochen angekündigte Broschüre, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, ist in ihrer ersten Auflage so weit fertig gestellt, daß wir mit dem Versand bereits beginnen konnten. Wir nehmen an, daß dieser Hinweis genügt, um alle Zweigvereine, die noch rückständig sind, zu veranlassen, sofort Bestellungen zu machen. Der Preis der Broschüre, die 2 Bogen (32 Druckseiten) stark ist, beträgt nur 5 ₰.

Der Verbandskalender für 1907 gelangt am Schluß dieses und im Anfang des nächsten Monats zur Versendung. Der Preis beträgt wiederum 50 ₰.

Bestellungen stehen leider noch von vielen Zweigvereinen aus.

„Arbeit und Kultur". Die vierte Auflage des unter dem Titel „Arbeit und Kultur" in unserem Verlage erschienenen Buches ist fertiggestellt. Wir erwarten Bestellungen.

Tarifverträge. Sämtliche in diesem Jahre abgeschlossenen Tarifverträge sind uns, wenn dieselben gedruckt wurden, in fünf Exemplaren zuzusenden. Liegt der Vertrag nur handschriftlich vor, dann müssen uns zwei Abschriften übermittelt werden. Wir bitten, dieses zu beachten und die Verträge einzusenden.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übersenden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 30. Juli bis 4. August für folgende Mitglieden erteilt:

Leonh. Hupfer-Nürnberg (Frau), Verb.-Nr. 168 869; Georg Rößner-Nürnberg, 168 775; Ludw. Fendo-Frankfurt a. b. O. (Frau), 69 118; Aug. Krüger-Freienwalde a. d. O., 69 509; Fr. Hammer-Bielefeld (Frau), 190 002; Jul. Schadow-Trebbin (Frau), 164 629; Rich. Müller-Dresden (Frau), 161 687; Paul Kemnitz-Landsberg a. d. W. (Frau), 82 425; Franz Kühne-Berlin (N.), 128; Friedr. Bromme-Altenburg, 50 254; Ernst Fickert-Leipzig (Frau), 39 188; Anton Bolle-Hamburg, 30 261; Paul Reiß-Breslau, 16 628; Moritz Baumann-Nordenney, 55 650; Fritz Rose-Wilhelmshaven, 125 734; Chr. Raab-Darmstadt (Frau), 227 450; Joh. Storm-Neumünster, 90 267; Alb. Dörp-Hamburg, 53 088; Heinr. Wähler-Neu-Langsom 90 085; Wilh. Hain-Kattowitz, 119 556; H. Poppenhäger-Cassel, 131 020; Nicl. Benkler-Mainz, 40 487; Rud. Theker-Graudenz, 222 825; Adolf Räder-Markranstädt (Frau), 86 358; Ludw. Witting-Ludwigslust, 35 421; Franz Bauer-Aibling, 97 394; Fr. Ostermayer-Mannheim, 111 489; Fritz Reinke-Neustrelitz (Frau), 90 978.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 31. Juli bis 6. August sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Glücksburg M. 10,59, Heikendorf 7,80, Neuengamme 86,05, Gorgast 230, Lohr (Main) 13,76, Peitz 16,51, Fürstenberg 14,59, Genthin 11, Schönwalde (Spreewald) 179,69, Einbeck 195,34, Rastenburg 194,48, Nürnberg 3118,86, Konstanz 93,36, Kissenbrück 46,92, Hötensleben 71,95, Wilshafen 89,78, Aschaffenburg (von hingesandter Streikunterstützung zurück) 12,24, Berlin 54 201,80, Heilbronn 433,17, Gera 415,22, Gelsenkirchen 780, Waldenburg 500, Flensburg 250, Mühlhausen i. Thür. 200, Zerbst 200, Wölfis 124,22, Neuhardenberg 100, Givier 60, Werden a. d. Ruhr 50, Dortmund 1600, Bromberg 700, Herne 500, Emmerich 600, Lehnin 400, Stendal 250, Brandis 100, Lüchow 15, Hannover 1300, Trebbin 100, Demmin 100, Chemnitz 400, Kolberg 200, Aachen 160, Stuttgart 2370, Duisburg 800, Glauchau 356, Elmshorn 300, Jena 280, Grimma 200, Meerane 200, Burgstädt 150, Rötha 150, Stavenhagen 100, Greene b. Kreiensen 50, Bernsdorf (Ober-Lausitz) 80, Schwartau 169,74, Prezsch 143,40, Schweidnitz 83,20, Hof 76,10, Bautzen 57,08, Jerxheim 18,42, Penig 18,86, Friesack 7,43, Wesenberg 6, Schöppenstedt (von hingesandter Streikunterstützung zurückgesandt) 5,57.

b) Für Futterale.

Lohr (Main) M. 2,50, Rastenburg 5, Nürnberg 20, Karlsruhe 83,40, Flöha 2,50, Oppeln 15, Schwartau 1, Prezsch 1, Bautzen 10, Stuttgart 30, Jena 5.

c) Für „Arbeit und Kultur".

Glesien M. 1,50.

d) Für Verbandstags-Protokolle.

Schweidnitz M. —,20.

e) Bericht der Bauarbeiterschutzkommission.

Wölfis, Schönberg i. M., Glesien, Oppeln und Schweidnitz je 75 ₰.

f) Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung".

Erfurt M. 15.

g) Für Einbanddecken usw.

Erfurt M. 9.

Die Abrechnungen aus den Gauen Bremen, Cassel, Dresden, Frankfurt a. M., Görlitz, Hamburg, München, Nürnberg, Oberschlesien und Stuttgart sind für das 2. Quartal alle eingesandt.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Gottl. Grett-Peisterwitz (Verb.-Nr. 93680), Fr. Strampe-Uelzen (276 282), Wilh. Wenz-Frankfurt a. M. (272 806), Fr. Hünliger-Dortmund (259 255), Konr. Gänzler-Heidelberg (251 133), Lud. Kaszielam-Posen (245 719), Rud. Stübner-Deutsch Eylau (226 667), Ant. Draunschke-Glogau (216 292), Joh. Hauk II-Aschaffenburg (177 710), Karl Burkhardt-Naumburg a. d. S. (170 757), Heinr. Gaul-Essen (157 380), Wilh. Jensen-Brandenburg (144 245), Fritz Naumann-Bahn (111 199), Albert Möbis-Teupitz (109 170), Fr. Weidanz-Seesen (100 641), Herm. Blucku-Königsberg (81 368), Ernst Weigelt-Greiz (74 520), Nich. Salenz-Bernau (72 366), Reinh. Jörchel-Breslau (16 551), Friedr. Rasch-Berlin O (316 318), Jac. Jacobsen-Flensburg (371 390), Jac. Christiansen-Flensburg (371 389), Lor. Hylla-Oppeln (411 348), Peter Pietreck-Oppeln (411 333) Joh. Gallus-Duisburg (313 243), Fr. Fehrschild-Duisburg (259 638), Jgc. Wagner-Freiburg i. Br. (299 620), Max. Gramseh-Ruhrort (143 541), Heinr. Spieker-Ruhrort (236 474), Heinr. Kruse-Delmenhorst (157 497), Fr. Grundmann-Delmenhorst (157 493), K. Jungmichel-Berlin (344 319), Georg Wendler-Berlin (257 603), Franz Jesch-Berlin (143 025), Fr. Lehmann-Berlin (5999)

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87b des Statuts vom Zweigverein Danzig-Pr. Stargard: Eduard Gorsulowski (Verbands-Nr. 311 874), Nikodemus Domblowski (395 905), Johann Schwartz (312 366); Merseburg: Paul Güttel (115 011), Gustav Nehrkorn (115 026), Friedrich Allstedt (165 150), Herm. Allstedt (165 154), Gustav Götze (165 155), Herm. Hameyer (165 157), Franz Kunze (328 519), Otto Hirsch (328 526), Robert Gräfe (328 540), Karl Donner (328 504); Fürstenwalde: Paul Lange (70 509), Karl Lange (70 537), Karl Schmidt (70 415), Ernst Schulz (70 426); Werdau: Ferdinand Ackermann (312 624); vom Verbandsvorstande auf Antrag des Zweigvereins Weimar nachstehend genannte Maurer aus Nimpar: Karl Klumm (148 570), Georg Klumm (348 553), Mich. Mahler (348 431), Gg. Valentin Hauck (331 659), Anselm Fuchs (348 398), Ludwig Issing (348 601), Andreas Kütt (348 361), Friedr. Baumeister (180 981), Gg. Anton Baumeister (348 538), Josef Schlereth (331 696), Joh. Ludw. Ball (331 669), Martin Frisch (348 391), Valentin Will (331 606), Martin Friedrich (348 379).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Berichtigung: In Nr. 29 des „Grundstein" muß es unter „Ausgeschlossen" nicht heißen: „Berlin: Wilhelm Haße (196 070)," sondern Berlin-Zehlendorf: Wilhelm Haase (196 070).

Der Vorstand des Bauarbeiterverbandes in **Belgrad** (Serbien) warnt vor einem Kollegen Michael Perowic, der nach erfolgtem Ausschluß sich mutmaßlich nach Deutschland begeben hat.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz.

Zur Beachtung!

Die örtlichen Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter und die Leiter der Lokalkommissionen werden dringend ersucht, die ausgefüllten Zusammenstellungs-Formulare mit den ausgefüllten Fragebogen der Staats- und Kommune-Bauten an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit Gruß

G. Heinke,
Hamburg 1, Besenbinderhof 56, II.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

*

Birnbaum. Am 30. Juli fand hier eine öffentliche Maurerversammlung statt. Nach einem Referat des Kollegen Schulz-Posen wurde ein Zweigverein gegründet, dem sich sofort 25 Kollegen anschlossen. Als Vorsitzender wurde Kollege Hugo Pölchen und als Kassierer Gustav Schulz gewählt. Die Kollegen von Birnbaum und Umgegend gehörten früher dem christlichen Verbande an, bekamen es aber satt, sich von diesen nasführen zu lassen. An großen Worten hatten es diese nie fehlen lassen, dafür aber an Taten. Möge der junge Zweigverein groß werden und das Verlorene bald einholen.

Danzig. In der Mitgliederversammlung am 2. August, die nur mäßig besucht war, gab der Kassierer zum ersten Punkt der Tagesordnung den in Nr. 30 des „Grundstein" veröffentlichten Kassenbericht, der von den Revisoren als richtig bezeichnet wurde. Im zweiten Punkt der Tagesordnung hatte sich die Versammlung mit den Anschuldigungen, die von dem Kollegen Schubert gegen den Kassierer, Kollegen Voß, und von dem Kollegen Dulski gegen den Vorsitzenden des Zweigvereins, Kollegen Grünhagen, erhoben worden waren, zu befassen. Der Obmann der zur Untersuchung der erhobenen Anschuldigung gewählten Kommission, Kollege Fest, gab als Ergebnis der Untersuchung bekannt, daß die Beschuldigungen in beiden Fällen ohne die geringsten Ursachen erhoben seien. Nach der darauffolgenden Diskussion, die fast den ganzen Abend in Anspruch nahm, und nachdem die beschuldigten Kollegen erklärt hatten, keine Ausschlußanträge und dergleichen stellen zu wollen, nahmen Schubert sowie auch Dulski ihre Beschuldigungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück; sie entschuldigten sich damit, daß dies in der Hitze des Gefechts geschehen sei. In „Verschiedenes" wurde dann noch beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am 8. September, Abends 8 Uhr, in dem Lokale des Herrn Steppühn stattfinden zu lassen.

Darmstadt. Die organisierten Maurer von Mörfelden hielten Sonntag, den 29. Juli, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes ist die Mitgliederzahl auf 227 gestiegen, so daß jetzt 95 p.Ct. aller hiesigen Maurer sich der Organisation angeschlossen haben. Es wurden verkauft im zweiten Quartal: 12 Eintrittsmarken à 50 ₰, 3 Eintrittsmarken à ℳ 1,50, 2360 Beitragsmarken à 65 ₰, 152 Beitragsmarken à 50 ₰, 73 Beitragsmarken à 25 ₰. Gesamt-Einnahme ℳ 638,75. An die Hauptkasse wurden ℳ 1509,39 abgesandt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug ℳ 195,37, die Ausgaben ℳ 107,80, Kassenbestand ℳ 87,57. Weiter wurden die Anwesenden aufgefordert, die Arbeitslosigkeitskarten für das dritte Quartal genau auszufüllen und der politischen Organisation beizutreten sowie auf die Arbeiterpresse zu abonnieren. Mit dem Wunsche, daß die wenigen Kollegen, die sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben, dieses sehr bald tun mögen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 25. Juli tagte im „Trianon" eine öffentliche Versammlung der Maurer Dresdens. Nachdem die im zweiten Vierteljahr gestorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt waren, erstattete Kollege Bürger den Kassenbericht. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug ℳ 36 241,36, die Ausgabe für Streiks ℳ 22 713,65, Reiseunterstützung an Streikende ℳ 340,60, Rechtsschutz ℳ 897,22, Krankenunterstützung ℳ 1905,90, Sterbeunterstützung ℳ 635, die Anteile der Lokalkasse betrugen ℳ 6116,34. An die Hauptkasse wurden gesandt ℳ 3632,65. Die Einnahmen der Lokalkasse inkl. Bestand vom ersten Quartal betrugen ℳ 71 314,44, die Ausgaben ℳ 9212,17. Es verbleibt ein Kassenbestand von ℳ 62 102,27. Von den Revisoren wurde die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt und darauf dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Barth erstattete ausführlichen Bericht über die Lohnbewegung. Ein charakteristisches Zeichen der Lohnkämpfe ist die Schärfe, mit der sie geführt worden sind und ihre lange Dauer. Notwendig ist, daß sich die Kollegen dies merken und daraus die richtige Lehre ziehen, ganz besonders fest zur Organisation zu halten, damit die Maurer, wenn der Vertrag abläuft, dem Unternehmertum als geschlossenes Ganzes gegenüberstehen. Denn das ist heute schon mit ziemlicher Sicherheit zu sagen, daß Dresden, wenn nicht halb Sachsen, nach Ablauf des jetzigen Vertrages der Schauplatz heftiger Kämpfe werden wird. Im Punkt „Gewerkschaftliches" beantragte der Kollege Pech, in nächster Zeit einen Vortrag über die Schädlichkeit des Alkoholgenusses halten zu lassen. Der Antrag wurde angenommen. Ein Antrag Liebschers, der Generalkommission für die ausgesperrten Lithographen und Buchbinder ℳ 500 zu überweisen, wird ebenfalls angenommen. Kollege Bürger erinnert an das Abkommen mit der Organisation der Steinmetzen, und ersucht die Kollegen, die Spitzarbeiten verrichten, sich endlich einmal daran zu gewöhnen, erstens laut Bundesratsverordnung nur neun Stunden zu arbeiten, zweitens darauf zu achten, daß Arbeitsbuden errichtet werden, und daß ihnen der Lohn gezahlt wird, den die Steinmetzen erhalten, nämlich 70 ₰ pro Stunde. Des weiteren wurden die „Grundstein"-Austräger und Baudelegierten ersucht, Arbeitslosenmarken nur dann zu vermitteln, wenn das Buch des betreffenden Mitgliedes mit dem Arbeitslosenstempel versehen ist. Beschlossen wurde noch, beim Hauptvorstand zu beantragen, die Maurer Nich. Müller, Moritz Müller und Edmund Rothe auszuschließen.

Hüttenrode. Am 19. Juli fand hier im „Deutschen Kaiser" eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, wozu auch der Kollege Koch aus Magdeburg erschienen war. Da hier ein großer Ringofen gebaut wird und viele Arbeitskräfte nötig sind, so stellen sich einige Kollegen ohne jede Aufforderung von seiten der Bauleitung zur Leistung von Ueberstunden zur Verfügung. Um dieser unsolidarischen Handlungsweise Einhalt zu tun, sahen wir uns gezwungen, unseren Gauvorsitzenden nach hier zu rufen. Kollege Koch legte in längeren Ausführungen dar, was hier die Pflicht der Kollegen sei. Ueberstunden dürften in keinem Falle verrichtet werden, es sei denn, daß Menschenleben in Gefahr kämen. Die tägliche Arbeitszeit dürfe nicht über zehn Stunden steigen. Unsere dort arbeitenden Kollegen waren anderer Meinung, sie wollen länger schuften und wehren sich noch nicht einmal dagegen, von 6 bis 8 Uhr zu arbeiten. Namentlich sind die am Schornstein beschäftigten „Kollegen" nette Kerle. Hierauf wurde über den Antrag, Ueberstunden von jetzt an streng zu unterlassen, abgestimmt. Das Resultat war: 31 mit Ja und 8 mit Nein. Also acht solche „Kollegen", die nicht in unsere Mitte gehören. Trotz der großen Majorität hat diese Sorte nach ein paar Tagen ihr Unwesen wieder fortgesetzt. Es wäre aber wohl wünschenswert, daß sie schleunigst damit aufhören; sonst müßten vom Zweigverein andere Saiten aufgezogen werden. Darüber sollen sie wenigstens nicht im Unklaren sein, daß die rechtlich denkenden Kollegen keine Gemeinschaft mehr mit ihnen halten wollen, wenn sie die gefaßten Beschlüsse nicht achten. Wenn sie heute denken, es kann ihnen nichts geschehen, so mag ihnen gesagt sein, daß nicht ewig Ringöfen gebaut werden. Das Blatt kann sich also sehr leicht wieder wenden.

Lüdenscheid. Am 28. Juli beschäftigte sich eine stark besuchte Mitgliederversammlung mit der vom 1.—15. Juli d. Js. vorgenommenen Bautenkontrolle. Diese hatte folgendes Ergebnis: Es wurden im Stadtbezirk Lüdenscheid 29 Bauten kontrolliert, davon waren drei Staatsbauten. Beschäftigt wurden 290 Arbeiter. Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf fünf Bauten. Auf 15 Bauten war nicht genügend Gerüstmaterial vorhanden. Auf 16 Bauten waren die Gerüste in schlechtem Zustande. Geländer und Bordwand an Laufbrücken war nur an einem Bau vorhanden. Die Arbeiten am Dach wurden an zehn Bauten ohne Fanggerüste hergestellt. Auf drei Bauten waren die Leitern in schlechtem Zustande. Ein Schutzdach für die auf dem Bauterrain Beschäftigten war an keinem Bau angebracht. Die Frage nach einer eingehenden Kontrolle durch die Behörde wurde von allen Befragten mit nein beantwortet. Trinkwasser fehlte auf zwei, Baubuden fehlten auf 13 Bauten. Wo Baubuden vorhanden waren, wurden sie teils zu Materialbuden verwandt, teils waren sie ohne Türen und Fenster; ohne Fußboden waren alle, heizbar nur eine. Verbandsmaterial, wie es der § 24 der Unfallverhütungsvorschriften fordert, war auf keinem Bau vorhanden. Aborte fehlten auf 4 Bauten, von der Straße hineinsehen konnte man in 3, ohne dichtes Dach waren 7, ohne Sitzbrille 9, ohne Türen 3, ohne dichte Gruben oder Tonnen alle, gereinigt wurde keiner. Für geregelte Abfuhr wurde nirgend gesorgt. Desinfiziert wurde keiner. Ohne Pissoiranlage waren alle Baustellen und in drei Fällen waren die Aborte im Keller. In Anbetracht dieser ungeheuren Mißstände, insbesondere in bezug auf die sittlichen und sanitären Verhältnisse, und der völligen Indifferenz der Behörde diesen Mißständen gegenüber, erachtete die Versammlung es für geboten, den Zweigvereinsvorstand zu beauftragen, eine Eingabe an den Magistrat resp. die Stadtverwaltung zu richten, zwecks Erlaß einer Baupolizeiverordnung nach dem Muster anderer Städte und auf Grund der Regierungsverordnung für Arnsberg vom 24. November 1900. Nachdem von allen Seiten und auch von dem anwesenden Stadtverordneten Genossen Schmidt diese Mißstände scharf kritisiert worden waren, wurde folgende vom Vorstand vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung der Mißstände, die durch die Kontrolle vom 1. bis 15. Juli auf den hiesigen Bauten, insbesondere in bezug auf die gesundheitlichen und sittlichen Verhältnisse (Baubuden, Aborte usw., festgestellt worden sind, beauftragt die am 28. Juli tagende stark besuchte Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer den Zweigvereinsvorstand, eine Eingabe mit entsprechender Vorlage zwecks Erlaß einer Polizeiverordnung zum Schutze der Bauarbeiter an den hiesigen Magistrat resp. die Stadtverwaltung zu richten. Sollte die Behörde nicht hierauf eingehen, oder die Sache zu verschleppen suchen, so verspricht die heutige Versammlung, mit aller Energie für bessere Verhältnisse auf den Bauten zu wirken. Außerdem erwartet die Versammlung, daß das ermittelte Material der Oeffentlichkeit übergeben wird."

Neutomischel. Hier haben sich seit einiger Zeit die Kollegen dem Verbande als einzelzahlende Mitglieder angeschlossen. Die junge Bewegung setzte recht gut ein, aber der Ausbau der Bewegung hat unter großen Schwierigkeiten zu leiden. Wie überall, so haben auch hier die Dunkelmänner ihre Hand im Spiele. Hier ist es der seit einem Jahre das Stadtruder führende Bürgermeister. Dieser Herr kommt seiner Aufgabe, der Ueberwachung des Gesetzes, dadurch nach, daß er durch den Polizeibeamten dafür sorgen läßt, daß den Kollegen kein Lokal zur Ausübung ihres Koalitionsrechtes zur Verfügung steht. Er möchte nicht gern nach „Oben" berichten, daß sich in seiner Domäne ein vorbereitender „Umsturz" einnistet. Das nennt man Vereinsfreiheit in Preußen!

Posen. Am 19. Juli hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Schulz hielt einen Vortrag über das Thema: „Die sechs Thesen des Arbeitgeberverbandes zur Erdrückung der Gesellenorganisation." Bei Beginn seines Vortrages teilte Schulz mit, daß sich in der letzten Nummer der „Ostdeutschen Baugeitung" ein längerer Aufsatz befindet, betitelt: „Zum Friedensschluß im Posener Baugewerbe", der die wörtliche Wiedergabe eines Versammlungsberichts über die am 22. Mai d. J. stattgefundene Maurerversammlung aus der „Posener Ztg." enthält, ohne daß das die Interessen der Baugewerksmeister vertretende Fachblatt es für notwendig erachtet, die Quelle seiner Wissenschaft zu verraten. Im Anschluß an diesen Artikel fühlt sich das genannte Fachblatt berufen, den Unternehmern, die es mit seltener Frivolität fertig brachten, gegen 1000 Maurer, meist mit Kindern reich bedachte Familienväter, ohne Grund auf die Straße zu setzen, nur um den Arbeitern ihre Macht fühlen zu lassen, die Lehren dieses Kampfes vorzuhalten. Da diese Lehren zweifelsohne von dem unterlegenen Unternehmertum dem genannten Fachblatte inspiriert worden sind, so dürfte es angebracht erscheinen, auf diese in sechs Thesen niedergelegten Lehren näher einzugehen, da sie die wahren Absichten des nimmersatten Unternehmertums in das rechte Licht zu setzen geeignet sind, und die Arbeiter beizeiten das wahre Gesicht ihrer Feinde erkennen und sich für die Zukunft rüsten können. Der erste dieser Lehrsätze hat folgenden Wortlaut: „Wenn ein Streik oder eine Aussperrung voll und ganz (!! Red. d. „Grundstein") für die Arbeitgeber gewonnen werden soll, so muß vor Beginn derselben eine zur Fortführung der Bauten ausreichende Zahl ausländischer Arbeitskräfte vorhanden sein." Diesen Lehrsatz kritisierte der Referent in folgender Weise: Einen solchen Lehrsatz stellen Leute auf, die bei jeder Gelegenheit sich als die Leuchten nationaler Gesinnung aufspielen, die deutsche Kultur, deutsche Sitte, deutsche Nächstenliebe in Erbpacht genommen haben, die sich als die Stützen des Deutschtums im Lande Posen betrachten. Ihre Haltung gelegentlich der von ihnen über die Maurer Posens verhängten Aussperrung hat ihnen ihre heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen und ihr wahres Antlitz enthüllt. Gerade die allerdeutschesten der Baugewerksmeister, denen man den Bau der „Bollwerke" der Germanisierungspolitik, des Kaiserschlosses und des Geschäftshauses der Ansiedlungskommission übertragen hat, waren es, die vor der Aussperrung einen Pakt mit dem polnischen Maurerverbande schlossen, der sich auch bereitwilligst dazu hergegeben hat, Verrat an der Sache der Arbeiterschaft zu üben. Diese deutschen Leuchten waren es, die den deutschen Maurern zumuteten, Mitglieder des polnischen Verbandes zu werden. Bezeichnend ist es, daß eine derartige Gesinnungsheuchelei nach oben hin nicht bemerkt worden ist, und daß man solche Förderer der Polonisierungspolitik noch weiter den Tanz um das goldene Kalb mitmachen läßt. Nun wollen sich die Herren vor einer neuen Aussperrung oder einem Streik ausreichend mit ausländischen Arbeitern versehen, um einem ähnlichen Fiasko, wie dem diesjährigen, vorzubeugen. Mit dem polnischen Verbande läßt sich für die Zukunft also nicht mehr operieren, und so will man sein Heil mit den Galiziern und oberschlesischen Maurern versuchen. Der in diesem Lohn-

kampfe so oft angekündigte Zuzug italienischer Maurer ist schon, dank der straffen Organisation der Arbeiter, unterblieben, was den Unternehmern wohl die Ueberzeugung beigebracht haben wird, daß auch jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle Solidarität und Brüderlichkeit kein leerer Wahn sind. Uebrigens scheinen die Posener Behörden dem Zuzuge italienischer Arbeiter nicht sehr freundlich gegenüber zu stehen, denn uns ist ein Ausspruch eines höheren Polizeibeamten bekannt geworden, der nicht allzu ermunternd für die Exporteure willenloser Kulis geklungen und gelautet hat: „Die sozialdemokratischen Maurer würden wir los werden, dafür bekämen wir die anarchistischen Italiener." Der zweite Lehrsatz lautet: „Die Organisation der Arbeitgeber ist noch lange nicht genügend ausgebreitet, um das Einstellen ausgesperrter oder streikender Arbeitnehmer zu verhindern. Erst wenn die Einstellung unterbleiben kann, kann vielleicht auf die vorherige Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte verzichtet werden." Diesen Lehrsatz zerpflückte Redner in folgender Weise: „Die Zeit, die die Arbeitgeber verschlafen haben, werden sie wohl kaum je einholen können. Auch in ihren Reihen wird es genug Indifferente geben, die den Tanz um das goldene Kalb nicht mitmachen werden, sondern die gerechten Forderungen der Arbeiter anerkennen und mit diesen im Frieden leben wollen. Die immer größere Ausbreitung der Arbeitgeberorganisationen kann den Arbeitern nur erwünscht sein, denn je mehr der noch indifferente Arbeiter auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam gemacht wird, je näher und erkennbarer sie in seine Augen rückt, desto eher wird er sich entschließen, seinen Indifferentismus abzustreifen und sich dem Verbande anschließen. Durch den einmütigen und festen Zusammenschluß aller Kollegen wird die Organisation leistungsfähiger und die Disziplin straffer, so daß spätere Lohnkämpfe weder durch Streikbrecher noch durch Zuzug „Arbeitswilliger" nennswerte Störungen erleiden werden. Gelingt es doch schon jetzt in den meisten Fällen, den Zuzug „Arbeitswilliger" abzulenken; wieviel mehr erst wird dies der Fall sein, wenn die Arbeiter einmütig gerüstet, einheitlich organisiert den Unternehmern gegenüberstehen werden." Lehrsatz 3 lautet: „Der Einmischung der Gewerbegerichte sollten die Arbeitgeber stets mit dem größten Mißtrauen begegnen, da die betreffenden Beamten in vielen Fällen recht arbeiterfreundlich gesinnt sind, oder aber gar keine Geschicklichkeit in der Leitung der Einigungsverhandlungen besitzen, weil sie zu wenig im praktischen Leben stehen." Dieser Lehrsatz dokumentiert, so führt Redner aus, recht drastisch die Herrennatur des beutehungrigen Unternehmertums. So wie es selbst jeder Arbeiterfreundlichkeit bar ist, verlangt es dies auch von allen Menschen, insbesondere von solchen, die sich in den Dienst der guten Sache stellen und zu Einigungsverhandlungen hergeben. Besitzen diese den Mut, die gerechten Forderungen der Arbeiter zu unterstützen, so wird ihre Arbeiterfreundlichkeit als Verbrechen bezeichnet oder ihnen Unerfahrenheit und Dummheit vorgeworfen. Natürlich werden sich die Leiter der Gewerbegerichte für dieses Kompliment wohl bedanken. Wie wir nun sehen, wollen sich die Unternehmer mit den Gewerbegerichten gar nicht einlassen. Der vierte Lehrsatz lautet: „Es hat keinen Zweck, mit den Sympathien des Publikums oder der Behörden zu rechnen, weil beide an dem Fortgang der Bauten ein eigenes Interesse haben und sich deshalb sehr bald auf die Seite der Arbeiter stellen." Redner ergänzte diesen Lehrsatz in folgender Form: „Mit der Gewandtheit von Jongleuren und Taschenspielern verschleiern in diesem Satze die unterlegenen Herren die Tatsache, daß die Sympathie des Publikums während des letzten Lohnkampfes, der in frivoler und brutaler Weise von den Unternehmern provoziert worden ist, nicht auf ihrer Seite, sondern auf derjenigen der angegriffenen Arbeiter war. Was fragen diese Herren nach der öffentlichen Meinung! Diese findet nur Beachtung, wenn sie ihnen allein entgegengebracht wird, und wenn sie ihnen zur Erreichung ihrer eigenen Zwecke förderlich ist, z. B. in der Betätigung der Ostmarkenpolitik. In diesem Lehrsatze liegt indirekt das unbewußt abgegebene Bekenntnis, daß die Arbeiter sich im Rechte befunden haben, und diese können sich zu der von ihren Gegnern zugestandenen Tatsache, daß die Sympathien des Publikums und der Behörden auf ihrer Seite waren, nur beglückwünschen. Diese Sympathien waren wohl auch die Ursache mit, daß die Unternehmer das Nutzlose ihres Kampfes einsahen und die Hand zum Frieden boten." Der fünfte dieser Lehrsätze hat folgenden Wortlaut: „Die Arbeitgeberverbände täten gut daran, soweit auswärtige, namentlich ausländische Konkurrenz nicht in Frage kommt, die viele Mühe, die die Durchführung von Streiks und Aussperrungen verursacht, lieber auf die Herbeiführung von Maßnahmen zu verwenden, die den einzelnen dem bauenden Publikum und den bauenden Behörden gegenüber mehr als bisher schützen, wie Verbesserung der Bauverträge und Erhöhung der Preise, als Antwort auf das oben geschilderte Verhalten derselben." Mit folgenden Worten erläuterte Redner diesen Lehrsatz: „Recht so, ihr Herren! Das Allervernünftigste, was sie tun können, ist nämlich, daß auch sie Bedacht nehmen, die eigene Lage unter die Lupe der gesunden Vernunft zu nehmen und für ihre Bessergestaltung Sorge zu tragen. Denn nur so können sie den gerechten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. Ein besonderes Augenmerk wäre auf die Beteiligung bei den Submissionen zu legen. Hier wird am meisten gesündigt und zumeist auf Kosten des Arbeiters, der möglichst billig und dabei auch schlecht arbeiten soll." Der letzte Lehrsatz lautet: „Es können nur größere Arbeitgeber-Bezirksverbände, die mindestens eine ganze Provinz umfassen, als wirksames Gegengewicht gegenüber der Organisation der Arbeitnehmer angesehen werden, und nur durch diese ist eine Abnahme der zahlreichen Streiks und Aussperrungen in Einzelorten zu erwarten; deshalb muß deren Gründung mehr als bisher betrieben werden." Nachdem Redner auch diesen Lehrsatz gebührend beleuchtet hatte, schloß er seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Im zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal, die von der Versammlung akzeptiert wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im Punkt „Verschiedenes" wurde die Liste der Streikbrecher verlesen, und wurden diese aus dem Verbande ausgeschlossen. Auf Wunsch mehrerer polnischer Kollegen wurde ein zweiter Schriftführer gewählt, der die Protokolle in polnischer Sprache zu besorgen hat. Schulz machte bekannt, daß die Dachdecker sich in einer Lohnbewegung befinden, und warnt die Kollegen, Dachdeckerarbeiten zu verrichten. Weiter machte Schulz bekannt, daß am 31. Juli eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung stattfindet und „bat um starken Besuch, da diese für uns eine sehr wichtige ist. Darauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Zentralverbandes geschlossen.

Ruhrort. Der Zweigverein hielt am 29. Juli eine gut besuchte Generalversammlung ab. Dem vom Vertrauensmann gegebenen Bericht vom 2. Quartal ist folgendes zu entnehmen. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug ℳ 5270,05, die Einnahme der Lokalkasse ℳ 2675,03, die Ausgabe der Lokalkasse ℳ 1408,42. Der Lokalkassenbestand beträgt demnach ℳ 1266,61, gegen ℳ 688,12 am Schlusse des ersten Quartals. Neu- resp. Wiederaufnahmen waren insgesamt 233 zu verzeichnen, und zwar zahlten 206 Kollegen bei ihrem Eintritt je 50 ₰ und 27 Kollegen ein Eintrittsgeld von je ℳ 1,50. Uebergetreten auf Grund des § 17 des Statuts sind 41 Kollegen, und zwar 39 von den Christlichen und 2 von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinlern. Beitragsmarken wurden insgesamt 10 413 an die Mitglieder verabfolgt. Die Mitgliederzahl ist seit dem ersten Quartal um 212 Kollegen gestiegen. Diese wenigen Zahlen zeigen das stete und enorme Vorwärtsschreiten unseres Verbandes auch in den dunklen Gefilden des Niederrheins, trotz des Geplärrs und der gemeinen Lügen der „christlichen" Gewerkschaftssekretäre, Bezirksleiter, Lokalbeamten und katholischen Arbeitersekretäre. Wir empfehlen diesen Gernegroßen diese Zahlen zum eifrigen Studium, damit sie erkennen, daß der Traum: „Rheinland und Westfalen gehört dem Christlichen Verband", der von einer dieser „Geistesgrößen" im Frühjahr d. J. in Oberhausen auf einer Konferenz geträumt wurde, nicht in Erfüllung gehen wird. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde noch beschlossen, die Broschüre: „Die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung" obligatorisch einzuführen, um dadurch den Gedanken der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung mehr in die Reihen unserer Kollegen auch in diesem zurückgebliebenen Bezirk hineinzutragen. Ein Antrag, in diesem Jahre pro Mitglied und Quartal 50 ₰ Extrabeitrag zu zahlen, wurde einstimmig angenommen. Hierauf erfolgte der Schluß der interessant verlaufenen Versammlung.

Schmalkalden. Der hiesige Zweigverein hielt am 23. Juli seine reglmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Abrechnung vorgelesen und genehmigt worden war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden Gustav Möller und zum ersten Kassierer Georg Huhn. Zum dritten Punkt ergriff Kollege Rennert das Wort. Redner verstand es, den Kollegen die Vorteile eines festen Zusammenschlusses klarzulegen. Die Kollegen hätten es bei dem Streik ganz deutlich gesehen, daß ohne ein Zusammenhalten und ohne den Verband nichts zu erreichen war. Hoffentlich sind die Kollegen jetzt besser auf dem Posten. Sorge ein jeder dafür, daß auch der letzte Maurer in den Verband kommt. Wenn jeder seine Pflicht tut, sehen wir einer besseren Zukunft entgegen. Mit einem Hoch auf den Maurerverband wurde die Versammlung geschlossen.

Schneidemühl. In die „preußische Freiheit" zurückgekehrt ist am 31. Juli unser Kollege Franz Weidner. Anläßlich des Streiks im Jahre 1904 wurden die Kollegen Fuhrmann zu 9 Monaten, Kaatz zu 17 Monaten und 3 Wochen und Weidner zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Fuhrmann ist in diesem Jahre während des Streiks zur katholischen Fachabteilung übergeschwenkt, Kaatz hat wegen Maßregelungen die Heimat verlassen und Kollege Weidner wird ebenfalls vom Tage seiner Freiheit an mit Maßregelungen zu rechnen haben. Sein Idealismus wird ihm aber jede weitere Verfolgung ertragen helfen. Den Fußstapfen eines Fuhrmann wird er nicht folgen. Bei seiner Wiederkunft hat er vieles anders in der Bewegung vorgefunden. Was für ein Anblick, wenn im heutigen deutschen Rechtsstaat ein „Verbrecher" nach 26 Monaten in die Freiheit zurückkehrt! Die Kinder kannten den Vater nicht mehr, und der Vater konnte seinen jüngsten Sprossen, den er noch nie gesehen hatte, ans Herz drücken. Er vermißte aber seinen Vater, der durch einen Baumunfall ums Leben kam. Dies alles sind Folgen der heutigen „göttlichen" Weltordnung. Wir heißen den schwergeprüften Kollegen herzlich willkommen.

Schweinfurt. Auf den Bericht über eine christliche Versammlung in Uechtelhausen in Nr. 30 des „Grundstein" sendet uns der Präses des katholischen Arbeitervereins in diesem Ort, Herr O. Binder, eine vier Seiten umfassende Berichtigung. Nach Weglassung des nicht zur Sache gehörenden Geschwafels wünscht Herr O. Binder zu berichtigen:

„1. Es ist unwahr, daß, wie es nach dem Bericht scheint, die organisierten Maurer eigens eingeladen waren, sondern alle Arbeiter und alle Bauern."

(Hierzu ist zu bemerken, daß das auch gar nicht in unserem Bericht stand, dort hieß es: „Zu dieser Versammlung waren auch die Maurer eingeladen." Es ist also keine Rede davon, daß die Maurer eigens, d. h. ganz besonders, eingeladen seien, vielmehr wird ganz richtig gesagt, es seien auch die Maurer eingeladen gewesen. Daß das richtig ist, gibt der „Präses" ja selber zu, denn er „berichtigt", daß alle Arbeiter eingeladen gewesen sind; also „auch die Maurer".)

„2. Daß das Referat des H. (heiligen? D. Redakt.) Landtagsabgeordneten Schwarz beifällig aufgenommen wurde, hatte seinen Grund im schönen Inhalt und der großen Mäßigung desselben Referats und nicht, wie das Wörtchen „natürlich" im Bericht es unterstellt, in der Urteilslosigkeit der Beifallspendenden."

(Unsere Leser können nachprüfen, daß wir die für uns „natürlich" notorische Urteilslosigkeit der beifallspendenden Zuhörer des Abgeordneten Schwarz mit keinem Wort erwähnt haben. Der Herr Präses rennt also auch hier offene Türen ein.)

„3. Es ist unwahr, daß ich die anwesenden Maurer aufgefordert habe, den Saal zu verlassen, sondern nur einen einzigen dieser „friedlichen Leute", der wiederholt die Reden gestört und, obwohl zur Ruhe verwiesen, stehend, den Hut auf dem Kopfe, fortwährend Radau machte. Diesen habe ich zweimal aufgefordert, den von mir gemieteten Saal zu verlassen. Nur, um nicht wegen Hausfriedensbruchs ihn anzeigen zu müssen, habe ich, ohne eine dritte Aufforderung an ihn, mich zurückgezogen."

(Das ist ja ganz egal, ob der „Präses", oder wie bei uns im Bericht steht, der Pfarrer, die Aufforderung zum Verlassen des Saales zwei- oder dreimal ausgesprochen hat. Er will das aber wohl nur berichtigen, um seine Großmut bewundern zu lassen. Weiter wird es sehr schwer festzustellen sein, an wen die Aufforderung gerichtet war, ob an den einen Maurer oder an alle. Unsere Kollegen haben es so aufgefaßt, daß sie alle gemeint seien, der Herr „Präses" will das aber nicht so gemeint haben. Lassen wir es dahingestellt. Wenn er aber nun das Benehmen des einen Maurers so sehr tadelnswert findet, so können wir ihm aus unserer persönlichen Erfahrung einen seiner Amtsbrüder im Münsterlande schildern, dessen Benehmen bei einer ähnlichen Gelegenheit so flegelhaft war, daß dieser Maurer in Uechtelhausen noch der reine Knigge dagegen ist.)

„4. Es ist unwahr und eine grundlose Unterstellung, wenn behauptet wird, ich hätte gemeint, die Bauern sollten die Arbeiter hinausschmeißen".

(Ja, wer will dem Herrn „Präses" das Gegenteil beweisen? Seine Absichten ruhen in seinem Busen, die kann man nicht greifen, nicht lesen, nicht hören. Denn er wird sich wohl gehütet haben, sie deutlich auszusprechen. Dieser schwarze Verdacht unserer Kollegen muß auf sich beruhen bleiben, sie können ihn nicht beweisen, und der Herr „Präses", der einzige, der es wissen muß, behauptet das Gegenteil. Aber da die dortigen Maurer den Herrn „Präses" näher kennen, so hat ihr Verdacht immer etwas für sich.)

„5. Es ist unwahr, daß die Schlägerei unter der Versammlung stattgefunden hat, wie der Bericht es darstellt, sondern geraume Zeit nach dem offiziellen Schluß derselben, nachdem ich das Lokal verlassen. Nach genauer Information hat der etwas unsanft zur Tür hinausbeförderte Genosse Mai selbst mit einem Stein den Feuerwehrhauptmann traktiert, weshalb er, der Genosse, angezeigt wurde. Die im Bericht erhobene Anschuldigung roher Gesinnung fällt also auf die Organisierten der freien Gewerkschaften zurück.

Hochachtend

O. Binder,

Präses des katholischen Arbeitervereins Uechtelhausen."

Nun, trotz aller Berichtigungen bleibt doch wahr, daß nach dieser Versammlung Prügelszenen stattfanden. Diese sind die ständigen Begleiter der pfäffischen Agitation. Das weiß jeder, der diese Agitation kennt oder längere Zeit beobachtet. Mit dem Versuch, die Verantwortung dafür den Gewerkschaften aufzuhalsen, mag der würdige „Präses" bei seinen Schäfchen Glück haben, Leute, die den Rummel kennen, nehmen ihm den Kohl nicht ab. Wir wollen dem „Präses" den Rat geben, sich künftig nicht mehr um die Maurer zu bemühen, wir glauben, versichern zu können, daß sie kein Verlangen nach seiner Mitwirkung bei der Regelung ihrer Angelegenheiten tragen; dann braucht sich der würdige Herr nicht mehr über die „Roheit" der Verbandsmaurer zu ärgern.

Teutschenthal. Am 28. Juli fand hier im Gasthof „Fortuna" eine öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Deege-Halle führte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei dem Maurermeister Höhne in Höhnstedt folgendes aus: Als im Monat Februar die bei dem Unternehmer Höhne beschäftigten Maurer einige Forderungen auf Erhöhung des Lohnes stellten, erklärte sich der Unternehmer Höhne bereit, mit der Lohnkommission und dem Zweigvereinsvorstand auf friedlichem Wege die schwebende Lohnfrage zu regeln. Gefordert wurden 37 ₰ für Maurergesellen, und für Junggesellen nicht unter 30 ₰ pro Stunde. Für Landarbeit, wo der Arbeitsort früh und Abends eine Stunde entfernt ist, wird die weitere Zeit nach dem Stundenlohn bezahlt. In den Verhandlungen am 6. März wurde folgendes vereinbart: Der Stundenlohn eines Maurergesellen soll 35 ₰ betragen, für Junggesellen nicht unter 28 ₰. Bei weiterer Entfernung wird das Fahrgeld gewährt. Die Abmachungen sollten, in einem Lohnvertrag festgelegt und beiderseitig unterschrieben, mit dem 1. April 1906 in Kraft treten. Am 19. März wurde der Lohntarif dem Unternehmer Höhne zur Unterschrift überreicht, aber am 31. März sandte er den Vertrag mit dem Bemerken zurück, daß sich im Laufe der letzten 14 Tage die Arbeitsaussichten nicht gebessert hätten; er könne überhaupt nicht alle Leute, die sich gemeldet hätten, beschäftigen. Der Verbandsleitung war es nun klar, daß es noch zu ernsten Differenzen kommen konnte. Zwar zahlte der Unternehmer einem Teil der beschäftigten Maurer den Lohn von 35 ₰ pro Stunde, aber für die Junggesellen war ihm der Lohn von 28 ₰ noch zu hoch. Der Unternehmer glaubte nun, Herr im Hause zu sein, und reduzierte die Löhne, so daß er einem großen Teil seiner Leute nur 32 ₰ zahlte. Er rechnete auf die Dummheit der Maurer und glaubte, dieselben wieder abspeisen zu können wie alljährlich, indem er nach seinem Belieben die Löhne reduzierte. Nachdem aber die Maurer sich organisiert haben, sind sie nicht mehr willens, sich dies bieten zu lassen. In auswärtigen Zeitungen sucht Höhne Maurer für 40 ₰ Stundenlohn, und den einheimischen will er nicht einmal 35 ₰ zahlen. Wenn man bedenkt, daß auswärtige Arbeitgeber, welche hier Arbeiten verrichten, 40 bis 45 ₰ zahlen, soll es da der Unternehmer Höhne nicht können? Nein, derselbe will den hohen Gewinn allein einstreichen. (Beifall.) Nachdem verschiedene Maurer im Sinne des Referenten gesprochen und in verschiedenen Fällen die Handlungsweise des Höhne kritisiert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 28. Juli tagende Maurerversammlung nimmt Kenntnis von den beim Unternehmer Höhne gezahlten Löhnen. Die Versammlung beschließt, weil Höhne die versprochenen Löhne nicht zahlt, den Vorstand des Verbandes der Maurer zu beauftragen, sofort den Antrag auf 42 ₰ Stundenlohn zu unterbreiten. Die Versammelten verpflichten sich, dafür einzutreten, daß alle noch fernstehenden Maurer der Organisation zugeführt werden." Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Röber wurde die von zirka 140 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. Juli bis 4. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nixdorf M. 1000, Hamburg 400, Lehnin i. d. M. 400, Wandsbek 200, Blankenburg i. H. 200, Danzig 200, Königsberg i. Pr. 150, Gurhagen 150, Schinckel 100, Güstrow 100, Templin 100, Oberau 100, Hann. Münden 100, Moklau i. Anh. 100, Itzehoe 100, Schlendorf 150. Summa M. 3550.

Zuschüsse erhielten: München M. 300, Aarhorst 250, Stammheim 50. Summa M. 600.

Altona, den 4. August 1906.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Anführung der Begleitumstände und der übersehbaren Folgen, umgehend an den „Grundstein" zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlaß von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Bünde. Am 23. Juli ereignete sich auf dem Neubau des Bauleiters Erging in der Brunnenstraße ein Unglücksfall. Der Dachdeckergeselle Bockstiegel aus Enniglohe war damit beschäftigt, Dachlatten aufzunageln; dabei machte er einen Fehltritt und stürzte auf einen Steinhaufen. Schwere Verletzungen am Rückgrat, Armen und Beinen waren die Folgen des Sturzes.

Bergedorf. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Dienstag Abend, den 24. Juli, kurz vor 6 Uhr, am Bau des Unternehmers Odemann in der Bahnstraße. Dort waren Maurer damit beschäftigt, unter den Balkons etwa 300 Pfund schwere Konsole anzubringen, als das Gerüst brach und der Maurer Jarms aus einer Höhe von drei Etagen in die Tiefe stürzte. Schwer verletzt wurde J. nach der neben dem Bau belegenen Wohnung des Herrn Odemann gebracht, wo dem Verunglückten auch die erste Hülfe zu teil wurde. Nach etwa zweieinhalbstündiger Behandlung konnte der Verletzte mittels Tragkorbes nach seiner Wohnung gebracht werden. Als Ursache des Unglücksfalles ist unzweifelhaft das recht mangelhafte Gerüst anzusehen. Die Bauarbeiterschutzkommission hat sofort nach dem Unglücksfall nochmals den Bau inspiziert. Hoffentlich wird die Bauinspektion Gelegenheit nehmen, mehr als bisher den Bauten ihre Aufmerksamkeit zu schenken und den Bauherren klarzumachen, daß sie mit Leben und Gesundheit der Arbeiter vorsichtiger umzugehen haben.

Bromberg. Ein Bauunfall ereignete sich am 30. Juni, Vormittags 6½ Uhr, am Neubau des Fabrikbesitzers W. Knelke in der Schillerstraße dadurch, daß das Gerüst der Fassadenputzer derart überlastet war, daß es, als dann die Kollegen das Gerüst betraten, zusammenbrach. Es durchschlug noch zwei andere Rüstungen und schleuderte einen Kollegen und einen Bauhilfsarbeiter 10 m in die Tiefe. Der Kollege erlitt mehrere Kopfwunden und eine Daumenverstauchung, der Hilfsarbeiter erlitt innere Verletzungen, zwei Kollegen konnten sich auf einen Teil des stehengebliebenen Gerüstes retten. Dieser Vorfall zeigt wieder, wie notwendig es ist, daß die Bromberger Kollegen ihre Gleichgültigkeit ablegen und an jedem Bau einen Baudelegierten wählen, der sich die Beobachtung der Schutzvorrichtungen angelegen sein läßt. Die Kollegen werden ersucht, alle Unfälle sofort dem Zweigvereinsvorstand zu melden. Der Bauarbeiterschutz läßt hier auch viel zu wünschen übrig.

Elbe. Am 2. August ereignete sich hier an einem Neubau ein Gerüstbruch, bei dem der Kollege Pape schwere Verstauchungen an Beinen, Arm und Rücken davontrug. Ursache ist der sehr mangelhafte Gerüstbau; wenn auch Gerüstholz genügend zu haben ist, es wird immer darüber hinweggehastet. Es ist dies wieder ein Fall, den jeder Kollege beherzigen sollte. Die Polizei ist immer zur Stelle, wenn wir Versammlung haben, aber in puncto Bauarbeiterschutz ist von der Polizei nichts zu spüren, da kann also nur Selbsthülfe schützen.

Danzig. Wie unsere christlichen Brüder für die berechtigten Forderungen der deutschen Bauarbeiter hinsichtlich des Bauarbeiterschutzes eintraten, beweist folgender Vorgang: An dem Neubau der Firma Körner in der Paradiesgasse ist zur Ausführung der äußeren Putz- und Fugarbeiten ein Malergerüst aufgestellt. Dies wurde nun von dem Vorsitzenden der Bauarbeiterschutzkommission der Polizeibehörde gemeldet, die auch sofort die Einstellung der Arbeiten verfügte. Von den dort beschäftigten Kollegen gehörten sieben Kollegen unserem und wohl ebensoviel dem christlichen Verbande an. Statt nun diesen Mangel zu beseitigen, jagte der den Polier markierende Schriftführer des christlichen Verbandes, Urowski, zu zweien unserer Kollegen, die er im Verdacht hatte, daß sie diesen Mangel der Bauarbeiterschutzkommission gemeldet hatten (was jedoch nicht der Fall ist, da ein Blinder das Malergerüst auf der Straße sehen kann), „Eurem Grünhagen gefällt das Gerüst nicht, deshalb müßt Ihr aufhören. Das habe ich bloß Euch armen Hunden zu verdanken. Macht, daß Ihr alle vom Bau kommt!" Natürlich stellten unsere Kollegen ohne weiteres die Arbeit ein und ließen den Schimpfschriften mit seinen Kumpanen allein. Dies hatte dann zur Folge, daß Urowski von seinem Posten entfernt und ein anderer in seine Stelle einrückte. Die Gewerbe-Inspektion, die sich inzwischen auch mit der Sache beschäftigt hatte, ordnete verschiedene Abänderungen an. Nichtsdestoweniger ist die Außenarbeit vom Malergerüst aus von den Christlichen fertiggestellt worden.

Kiel. Ein Bauunfall, der den Tod eines Menschen zur Folge hatte, ereignete sich am Dienstag Nachmittag kurz nach 4 Uhr beim Neubau an der Ecke der Lindenallee und Rendsburger Landstraße. Aus einer Höhe von 15 bis 16 m stürzte plötzlich ein beträchtlicher Teil des Giebels auf die Straße. Der auf dem obersten Gerüst stehende Maurerpolier Andersen wurde von den Steinmassen mit in die Tiefe gerissen. Andersen hatte derartig schwere Verletzungen erlitten, daß er beim Transport nach den Heilanstalten verstarb. Ein Arbeiter hatte es vermocht, sich rechtzeitig festzuhalten und sich dadurch vor dem Sturz zu bewahren. Der Verunglückte hinterläßt Frau und fünf Kinder. Ueberlastung des Gerüstes wird als Ursache des Unfalls bezeichnet.

Kreuzburg i. Ober-Schles. Am 30. Juli verunglückte an einem Neubau in Gottersdorf der Polier Gottlieb Kunas aus Pitschen dadurch, daß er von einer 4½ m hohen Mauer herunterstürzte. Er erlitt am linken Fuße einen Knöchelbruch und kleine innere Verletzungen. Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß gerade er das Unglück haben mußte. Als die Maurer eine 1 m hohe Fußrüstung machten, fing er an, zu schimpfen, die Fußrüstung sei zu breit, einen halben Meter breit sei genug. Als der Verbandskollege Mehlich seinem Arbeitskollegen einen Wink gab, daß er nicht auf den Polier hören solle und meinte, wir müßten so bauen, daß wir nicht hinunterfielen, wurde der Polier wütend und sagte: „Wenn Ihr runterfallt und Euch totschlagt, so seid nicht Ihr, sondern da bin ich dafür verantwortlich." Als ihm geantwortet wurde, daß er seine Familie nicht ernähren, viel weniger noch für andere sorgen könne, ging er aufs Dach, das noch nicht verschalt war, setzte sich auf seinen Sparren und prahlte: „Ich spiele schon zwanzig Jahre Polier und bei mir ist noch nie jemand runtergefallen." Nachdem ging er auf einer steinstarken Mauer spazieren. Dabei kippte ein Ziegel um, er verlor das Gleichgewicht und fiel hinunter. So ist er der erste, der während seiner Tätigkeit als Polier verunglückte.

Bregsack. Sonntbuch, den 28. Juli, verunglückte unser Verbandskollege Wilhelm Anthusen am Neubau des Maurermeisters Oldehoff. Er fiel aus einer Höhe von zirka 7 m im Treppenhaus — ein Gerüst war nicht vorhanden — herunter und trug einen Bruch beider Beine davon. Als besonderer Uebelstand ist noch zu bemerken, daß erst nach einer Zeitdauer von zwei Stunden es möglich war, einen Krankenwagen herbeizuschaffen, um seine Ueberführung ins Krankenhaus bewerkstelligen zu können.

Willsnack. Am 23. Juli verunglückte der Maurer Wilhelm Schröde auf dem Stallneubau des Bauern Koch zu Rühstedt. Der Bauer und ein Bauarbeiter hatten ein Gerüst zum Einwölben von Kappen gebaut, das beim Betreten durch Schröde zusammenbrach. Der Verunglückte erlitt schwere innere Verletzungen.

Aus anderen Berufen.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine umfaßten nach einer kürzlich in der „Berliner Volks-Ztg." veröffentlichten Uebersicht Ende des Jahres 1905 insgesamt 2158 Ortsvereine mit zusammen 117 097 Mitgliedern gegen 111 809 Mitglieder Ende 1904. 12 Gewerkvereine hatten eine Zunahme des Mitgliedsbestandes von zusammen 11 495 Mitgliedern zu verzeichnen. Es wird dazu folgende Erklärung gegeben:

„Wenn die Gesamtzunahme nur 5288 Mitglieder beträgt, so kommt das daher, daß andere Gewerkvereine von einem Verlust an Mitgliedern berichten müssen." Die gesamten Einnahmen stiegen von M. 1 069 736 im Jahre 1904 auf M. 1 336 651 im letzten Jahre. Diesen Einnahmen standen an Gesamtausgaben gegenüber im Jahre 1904 M. 1 035 759 und im Jahre 1905 M. 1 220 178. Infolge der zahlreichen Arbeitskämpfe mußten für Unterstützungen wesentlich höhere Summen ausgegeben werden. Für Unterstützungen an Streikende, Ausgesperrte und Gemaßregelte mußten insgesamt M. 286 643 aufgewendet werden, M. 30 022 mehr als im Jahre 1904 für alle diese Unterstützungen zusammen. Der im jetzigen Bericht besonders aufgeführte Posten für Arbeitslosenunterstützung macht außerdem noch die Summe von M. 143 746 aus. Weiter sind ausgegeben worden: für Rechtsschutz M. 14 790, für Reiseunterstützung, Umzugsunterstützung und Unterstützung in Notfällen insgesamt M. 67 802 und für Förderung der Bildung M. 17 345. Das Gesamtvermögen der Gewerkvereine mit ihren verschiedenen Kassineinrichtungen betrug Ende 1905 rund 3½ Millionen Mark.

Die Entwicklung der Gewerkvereine ist nach diesen Mitteilungen, sofern von einer solchen überhaupt die Rede sein kann, recht geringfügig. Sie kommt nahezu einem Stillstand gleich. Jedenfalls erscheint sie als belanglos im Vergleich zu der Entwicklung, die die freien gewerkschaftlichen Verbände in derselben Zeit genommen haben.

* **Der 6. Kongreß der christlichen Gewerkschaften** tagte vom 22. bis 26. Juli in der Metropole Schlesiens, in Breslau. Der Kongreß sollte für die Agitatoren in Schlesien, die trotz kampfhaftester Anstrengungen nichts Rechtes vor sich bringen können, eine Aufmunterung sein. Ob er diesen Zweck wirklich erfüllt hat, läßt sich natürlich erst in der Folgezeit beurteilen. Auf dem Kongreß herrschte eine gehobene Stimmung, die ja auch nach den Erfolgen der christlichen Gewerkschaften im letzten Jahre erklärlich ist. Verstärkt wurde diese fröhliche Laune noch durch die Anwesenheit von Repräsentanten der verschiedensten Behörden. Ein eigenartiger Zufall wollte dazu, daß in derselben Stadt, deren Name durch die dort übliche Justiz in Arbeiterkreisen einen so schrillen Klang hat, deren Straßenpflaster sich noch vor wenigen Monaten von frivol vergossenem Arbeiterblut rot färbte, jetzt die Vertreter der Behörden des Klassenstaates kamen, um den Vertretern der christlich organisierten Arbeiter ihre Sympathie auszudrücken.

Die erste Sitzung war von Begrüßungsreden ausgefüllt. Regierungspräsidenten, geistliche Würdenträger, Stadträte und — Polizisten schmeichelten und schnarrten ihre Phrasen in den Saal. Wenn man wollte, so konnte man hier außerst lehrreiche Studien über den Unterschied zwischen Worten und Taten, zwischen Theorie und Praxis machen. Aber die Zeit wird schon wieder richtig stellen, was dort gefaselt wurde. Bedeutsam war die Rede, die der Professor Sombart bei dieser Gelegenheit hielt; wir kommen darauf, wie auch auf die ganzen Verhandlungen, noch in einem besonderen Artikel zurück. Für heute mag eine kurze Wiedergabe der Beschlüsse genügen. Von der Generalkommission der Gewerkschaften war Genosse Umbreit als Berichterstatter anwesend.

Der zweite Tag brachte den Geschäftsbericht des Vorstandes des Gesamtverbandes, der von Stegerwald erstattet wurde. Er wandte sich dabei gegen die Aeußerungen des Handelsministers Delbrück im preußischen Herrenhause und nahm Veranlassung, zu erklären, daß auch die Christlichen nicht mit den neueren Erzeugnissen preußischer junkerlicher „Sozialpolitik", den Bergarbeiterausschüssen, zufrieden seien. Weiter beklagte er, daß der Buchdruckerverband immer „radikaler" würde. Man müsse nun auch in dessen Besitzstand eindringen. In der Diskussion wurde der Ausweisung eines italienischen Agitators gedacht. Die Christlichen waren baß erstaunt, daß auch ihnen gegenüber solche Liebenswürdigkeiten geübt wurden. Passierte Derartiges den freien Gewerkschaften, so hatten sie kein Wort der Kritik dafür. Der Metallarbeiter Wieber zog gegen die katholischen Fachabteiler zu Felde, die er „Verbrecher an der Arbeitersache" nannte. Angenommen wurden verschiedene Anträge, so der, mit den christlichen Gewerkschaften in der Schweiz eine Verbindung herzustellen, ein anderer, der die Gründung von Verbänden für Gemeindearbeiter und Barbiergehülfen fordert. Diesem Punkte folgte ein Referat von Kloft über örtliche Gewerkschaftskartelle. Irgend etwas Neues wurde von ihm nicht vorgebracht.

Am dritten Tage referierte der Reichstagsabgeordnete Giesberts über die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. Ihm kam es darauf an, die Existenz der christlichen Gewerkschaften der Arbeiterbewegung und ihre Bestrebungen der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber zu rechtfertigen. So ist es erklärlich, daß er dabei manche ganze und manche halbe Wahrheit, aber auch ein gerüttelt Maß von Schiefheiten und Unrichtigkeiten vortrug. Er forderte in seinem Vortrage zur Organisierung der Landarbeiter auf. Charakteristisch ist dabei, daß er deren Notwendigkeit nicht mit dem Halbsklavenleben der Landarbeiter begründete, sondern mit der Befürchtung, daß sich sonst die Sozialdemokratie dieser Materie bemächtigen würde. Hat er hiermit nicht das treibende Prinzip der ganzen christlichen Arbeiterbewegung bloßgelegt? — Nach Giesberts Rede nahm der Oberpräsident der Provinz Schlesien das Wort, um seinen obligaten Spreeh los zu werden. Er sagte, er wolle sich die Ausführungen der Redner zu nutze machen". Das hätte ein Kriminalkommissar auch sagen können. Die Diskussion brachte einige bemerkenswerte Ausführungen. So meinte die Vertreterin der Heimarbeiterinnen: Ich bin gewiß dafür, daß der Geist des Christentums in der Gewerkschaftsbewegung herrscht, aber eine christliche Tugend könnten wir abstreifen, nämlich die christliche Demut, die sich alles gefallen läßt. Der Mainzer Schmidt-Bochum sagte: Wir müssen die bürgerlichen Parteien zwingen, Vertretern aus unseren Reihen Reichstagsmandate zuzuweisen. Aber auch im Landtage müssen wir Vertretung haben. Wenn man uns einredet, das Landtagswahlrecht erschwere die Wahl von Arbeitern, so müssen wir auf Beseitigung dieses Wahlrechts dringen. Die Abstufung des Wahlrechts nach dem Besitz widerspricht der Gerechtigkeit. Diese und andere zum Teil recht nette Aeußerungen zeigen, daß das Klassenbewußtsein auch bei einigen christlichen Führern manchmal zum Durchbruch kommt, aber bis zur Betätigung dieser Einsicht ist noch ein sehr weiter Weg. Ueber die Agitation unter den Arbeiterinnen referierte ein Textilarbeiter und die Heimarbeiterin Frl. Behm. Ihre Ausführungen bestanden größtenteils in praktischen Ratschlägen, die auch bei uns in Versammlungen und in der Presse schon oft gegeben worden. Dem Vorstande wurden einige Anträge als Material überwiesen. So der, ein Arbeiterinnenorgan herauszugeben. Ein anderer Antrag fordert die Organisation der Dienstmädchen. Außerdem wurde ein Antialkoholantrag angenommen.

Dem Kongreß folgte die Generalversammlung des Gesamtverbandes, die sich ausschließlich mit Verwaltungsangelegenheiten befaßte. Der Beitrag zum Gesamtverband wurde für männliche Mitglieder von 10 ₰ auf 20 ₰, für weibliche von 5 ₰ auf 10 ₰ pro Jahr und Kopf erhöht. Anträge auf Anstellung von Beamten wurden dem Vorstande überwiesen; beschlossen wurde noch, ein Jahrbuch für die Agitationsleiter herauszugeben. Darauf wurde die Tagung nach den üblichen Schlußreden geschlossen. Seine Bedeutung werden wir in einem besonderen Artikel eingehend und kritisch würdigen.

Die Aussperrung der Buchbinder ist beendet. Man kann sagen, daß die Arbeiter mit Ehren aus dem Kampfe hervorgehen. Die Unternehmer haben so oft und so feierlich erklärt, daß sie die Organisation nicht mehr anerkennen und auch keine organisierten Buchbinder mehr einstellen würden. Der nun für die drei alten Vertragsstädte abgeschlossene Vertrag fängt aber gleich mit der Erklärung an: „Der Arbeitgeberverband gewährt den Arbeitern seiner Mitglieder vollständige Koalitionsfreiheit und erkennt hiermit den Arbeitnehmerverband als Organisation seiner Mitglieder an."

Am 1. November tritt eine Lohnerhöhung von 2 ₰, am 1. Januar abermals eine solche von 2 ₰ ein. Versprochen wird ferner, eine Reihe von Falzarbeiten freiwillig zu erhöhen und den Akkordtarif vom Januar 1907 ab revidieren zu lassen; ebenso die Berliner Sondertarife für Vorrichte- und Mädchenarbeiten. Schließlich verpflichten sich die Unternehmer, die in Stuttgart gegen die Arbeiter erwirkten Urteile wegen „Kontraktbruchs" nicht zu vollstrecken.

Der Buchbinderverband darf jedoch keine Tarife abschließen, ehe sie nicht dem Unternehmerverbande vorgelegen haben. Außerdem hat der neue Tarif fünf Jahre Gültigkeit. Da sich eine ganze Anzahl Arbeitswillige gefunden hatten, so bleibt vorläufig noch ein erheblicher Teil der Ausgesperrten arbeitslos. Die Annahme der Abmachungen machte bei den Arbeitern große Schwierigkeiten, weil man mit Recht viele Maßregelungen befürchtete. Nach Lage der Sache blieb aber den Arbeitern kein anderer Ausweg als die Annahme dieser Bedingungen.

Polizei und Gerichte.

* **Streikbrecher.** Von dem Schöffengericht in Posen war der Maurer Andreas Malborski wegen Uebertretung des § 8 der Polizeiverordnung vom 5. März 1901 zu einer Geldstrafe von M. 15 event. drei Tagen Haft verurteilt worden. Die Uebertretung sollte dadurch begangen sein, daß Malborski mit noch sechs anderen Männern am 13. April d. J. auf dem Bürgersteige vor dem Zentralbahnhofe gestanden haben, wodurch der freie Verkehr daselbst gestört worden ist. Gegen dieses Urteil legte Malborski Berufung ein, die indes vom Landgericht mit folgender Begründung verworfen wurde: Der Angeklagte

ist nicht blos zufällig auf der Straße mit anderen Arbeitern stehen geblieben, sondern stand — es war Maurerstreik — mit 6 oder 7 Maurern auf dem Bürgersteige, um arbeitswillige Maurerbie von auswärts in Posen anlangten, abzufangen und abzuhalten, in der Stadt die Arbeit aufzunehmen. Ein solches Verhalten der streikenden Arbeiter hat, wie gerichtsnotorisch und deshalb keines Beweises bedürftig ist, bei dem damaligen Streik in Posen zu blutigen Händeln zwischen den Streikenden einerseits und den Arbeitswilligen anderseits geführt. Das vom Angeklagten begangene Versperren der Straße hatte unter diesen Umständen keinen harmlosen, sondern einen gemeingefährlichen Charakter. Diesen Gesichtspunkt hat der Vorderrichter mit Recht straferhöhend berücksichtigt und durchaus zutreffend die Geldstrafe bemessen. Der Berufung war hiernach der Erfolg zu versagen.

Das Urteil ist eine Verurteilung des Streikpostenstehens, wie dies auch aus den Worten des Urteils „Es war Maurerstreik" klar vorhergeht. Daß die angezogene Polizeiverordnung auch schon zu anderen Zeiten als in Zeiten von Streiks in Anwendung gekommen wäre, davon ist nichts bekannt geworden. Einigermaßen in Verlegenheit kommen dürfte das Berufungsgericht, wenn es seine Kenntnis von den „blutigen Händeln" zwischen Streikenden und „Arbeitswilligen" bei dem damaligen Streik in Posen an einzelnen konkreten Fällen nachweisen sollte. Bei dem letzten Maurerstreik sind ebensowenig wie bei dem vor vier Jahren grobe Ausschreitungen erfolgt, so daß, abgesehen von einem einzigen Falle, wo auf Gefängnisstrafe erkannt wurde, immer nur kleine Geldstrafen verhängt wurden, wenn es wegen irgend einer kleinen Uebertretung zu einer Anklage kam.

* **Streikfünder.** Der Kollege Adalbert Popka hatte sich zum zweiten Male vor dem Schöffengericht zu Posen zu verantworten. Im ersten Falle sollte sich Popka gegen die §§ 240, 243 des R.-St.-G.-B. (Nötigung) dadurch vergangen haben, daß er zwei Streikbrechern die Solidarität mit einem Stock beibringen wollte. Deshalb verurteilte ihn das Schöffengericht zu einer Woche Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte vier Wochen. Auch im zweiten Falle sollte sich Popka gegen dieselben Paragraphen vergangen haben. Diesmal hieß es aber nicht, wegen Nötigung, sondern wegen Bedrohung. Mit einer ziemlich 40 Mann starken Kolonne streikender Maurer, bei der Popka, nach Aussage des Maurerpoliers Stefan Borski, „Rädelsführer" war, ist er auf den Neubau des Oberbürgermeisters Dr. Wilms, wo die Streikbrecher Anton Piechocki und Stanislaus Dabert arbeiteten, eingedrungen. Popka, der den Piechocki mit Ziegelsteinen verletzt haben sollte, wurde natürlich auf Veranlassung des Poliers Borski verhaftet, in das Polizeigefängnis und von dort in das Gerichtsgefängnis gebracht. Nach achttägiger Untersuchungshaft wurde Popka jedoch entlassen. Anfangs lautete die Anklage auf Landfriedensbruch. Am 21. Juli hatte sich nun Popka wegen Bedrohung zu verantworten. Er erhielt zwei Wochen Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt beantragte drei Wochen Gefängnis. In beiden Fällen wurden ihm auch die Kosten auferlegt. Die Streikbrecher waren Leute, die Mitglied bei den Hirsch-Dunckerschen waren. Sie streikten erst mit, wurden aber dann „arbeitswillig", weil ihnen die Unterstützung zu niedrig war.

Briefkasten.

An die Einsender von Versammlungsanzeigen.

Von den vielen allwöchentlich kurz vor Redaktionsschluß bei uns eingehenden Versammlungsanzeigen ist fast keine einzige so geschrieben, daß wir sie ohne weiteres in die Druckerei geben können. Auf den Karten, auf denen die Anzeigen eingesandt werden, wird alles mögliche und unmögliche geschrieben, was mit der Anzeige an sich gar nichts zu tun hat, so daß es oftmals schwer hält, Datum und Zeit daraus herauszufinden. Dadurch erwächst uns viel Arbeit und Zeitverlust, was uns um so härter trifft, als wir bei Schluß des Blattes so wie so alle Hände voll zu tun haben, um die sich hart zusammendrängende Arbeit bewältigen zu können. Wir richten daher an die Einsender von Versammlungsanzeigen das Ersuchen, auf den Karten nur die einfache Anzeige zu schreiben und alles überflüssige wegzulassen. Es dürfte dies wohl nicht schwer sein, da ja in jeder Nummer Muster von Anzeigen enthalten sind. Damit aber jeder weiß, wie wir die Anzeigen zu haben wünschen, so wollen wir hier zum Ueberfluß noch ein Beispiel anführen. Man schreibt also z. B.:

Sonntag, den 19. August.

Dietersheim. Nachmittags 3½ Uhr in der „Goldenen Traube". Referent anwesend. Bücher sind mitzubringen.

So sei also die Anzeige. Jede andere Zutat, namentlich alle Höflichkeitsphrasen, wolle man fortlassen, da wir diese doch streichen müssen.

O. in L. Wenden Sie sich einmal an die Architekturbuchhandlung von Waßmuth, Berlin, Markgrafenstr. 35, oder an die Polytechnische Buchhandlung von Seybel, Berlin, Königgrätzerstr. 31.

Chemnitz, O. M. Wenden Sie sich an den Kollegen Käppler, Basel, Blumenrain Nr. 5.

Bad Tölz, J. F. Wenn Ihr Ohrenleiden auf einen Betriebsunfall zurückzuführen ist, so können Sie Anspruch auf Unfallrente erheben. Hat sich das Leiden jedoch aus sich selbst allmählich herausgebildet, so liegt ein Betriebsunfall nicht vor und Anspruch auf Rente kann nicht erhoben werden.

Mülheim a. d. Ruhr, J. O. W. Wenn Sie dem Gauvorstand etwas mitzuteilen haben, so müssen Sie die Karte auch an ihn adressieren und sie nicht uns zusenden. Wenn Sie übrigens dem Verbande gegenüber Ihre Pflicht in jeder Beziehung erfüllt haben, so brauchen Sie sich es doch nicht zu Herzen zu nehmen, wenn von Streikbrechern aus Rimpar die Rede ist.

Neubrandenburg, Sch. Das Mindestmaß für Wohnungen beträgt in der Höhe für Hamburg zweieinhalb Meter. Für Schiffbek können wir es im Augenblick nicht angeben; wir werden uns aber danach erkundigen und Ihnen später Auskunft geben.

Basel, G. K. Sie sind im Irrtum. Der heute erscheinende Bericht ist erst am Mittwoch, den 1. August, hier eingetroffen.

Bochum, G. W. und **H. G.** Die Braunschweiger Kollegen haben schon in der Zeit der ersten Anfänge der Maurerbewegung eine Organisation gehabt. Später, auf dem ersten Kongreß zu Berlin im Jahre 1884, war Braunschweig ebenfalls wieder vertreten. Im Anschluß daran ist die Organisation neu erstanden. Dann hat der Fachverein ununterbrochen bis zum Jahre 1902 bestanden und den Unternehmern manchen harten Kampf geliefert, im Frühjahr dieses Jahres trat er zum Verband über. Seitdem besteht also der Zweigverein und einige Zeit später konstituierte sich der Gau Braunschweig.

Eingegangene Schriften.

„In Freien Stunden." Illustrierte Romanbibliothek, Heft 29 und 30. Wir weisen unsere Leser wiederholt auf diese gediegene und dabei billige Unterhaltungsschrift hin. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung, jeder Kolporteur und Zeitungsausträger entgegen. Der Preis pro Heft beträgt 10 ₰.

Die **„Neue Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer), Heft 45 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich. Von Heinrich Beer (Wien). — Die Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften. Von August Winnig. — Partei und Religion. Von H. Salzmann. — Idealismus im Klassenkampf. Von J. Stern.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von ℳ 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ₰.

Von der **„Neuen Gesellschaft", Sozialistische Wochenschrift,** Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 ₰, pro Monat 40 ₰, pro Vierteljahr ℳ 1,20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert), ist soeben das 32. Heft des 2. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Albert Südekum: Das Panama in der Kolonialabteilung. — Rudolf Goldscheid: Oesterreichischer Völkerfrühling. — Friedr. Kleeis: Ein Attentat auf die Krankenkassen.

Eine Broschüre **„Alkohol und Gesundheit",** volkstümlich dargestellt von Herrn Dr. A. Grotjahn, Berlin, hat die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte herausgegeben. Sie ist 24 Seiten stark und kostet 15 ₰. Bei Entnahme von über 200 Exemplaren 10 und bei über 500 Exemplaren 7½ ₰. Der Verfasser bespricht hier in kurzer Form nach verschiedenen Richtungen hin die Schädlichkeit des Alkoholmißbrauchs. Er spricht sich nicht für völlige Enthaltsamkeit aus, sondern nur für den mäßigen Genuß des Alkohols. Da die Krankenkassen wohl öfter in die Lage kommen, an ihre Mitglieder Krankengeld zu zahlen für Erkrankungen, von denen man wohl annehmen kann, daß ihr Ursprung auf den Mißbrauch des Alkohols zurückzuführen ist, so würde diese Broschüre sehr zur Belehrung der Kassenmitglieder beitragen und es würde somit auch der Alkoholmißbrauch immer mehr und mehr eingeschränkt werden.

Der **„Wahre Jacob"** hat soeben die 16. Nummer seines 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der heilige Theodor und die Haifische" und „Die Wonne des Zaren". Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 ₰.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 ₰.)

Cöln. Freitag, den 3. August, starb infolge eines Unglücksfalles unser Verbandsmitglied und Hülfskassierer **Fritz Hakansson** aus Nützschow im Alter von 24 Jahren.

Derne b. Dortmund. Am 29. Juli starb durch Schlaganfall beim Baden unser treuer Verbandskollege **Karl Schilinski** im Alter von 32 Jahren.

Dresden. Am 23. Juli starb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Kollege **Emil Schöne** aus Neustadt in Sachsen im Alter von 47 Jahren an Lungenschwindsucht.

Eppelheim. Am 1. August starb unser treuer Kollege **Joseph Schneider** im Alter von 39 Jahren an Magenkrebs.

Friedland i. M. Am 4. August verunglückte beim Steinesprengen unser Verbandskollege **Ernst Martens** derart, daß der Tod nach 20 Minuten eintrat. Der Verstorbene erreichte ein Alter von 32 Jahren.

Hechtsheim b. Mainz. Am 30. Juli starb plötzlich infolge eines Unfalls unser Kollege **Martin Nikolaus Beickler** im Alter von 38 Jahren.

Karlsruhe-Wöschbach. Am 30. Juli starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Karl Friedr. Fuchs** im Alter von 30 Jahren an Lungenschwindsucht.

Kiel. Am 31. Juli verunglückte unser Verbandsmitglied **Carl Andersen** durch Sturz vom Gerüst. Er verstarb nach wenigen Minuten.

Ludwigsluft. Am 1. August starb unser treuer Kollege **Ludwig Witting** infolge einer Lungenentzündung im Alter von 55 Jahren.

Meiwe. Montag, den 30. Juli, entschlief nach langem, schweren Lungenleiden unser Verbandskollege **Johann Osterode** im Alter von 24 Jahren.

Wannsee. Am 27. Juli starb unser Kollege **Karl Nel** im Alter von 29 Jahren an Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Mülhausen i. Els.

Alle Zuschriften für den Zweigverein sind in Zukunft zu senden an Gastwirt **Weinzorn, Dornacherstr. 6.**

[ℳ 1,50] **Der Vorstand.**

Schmalkalden.

Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: **Gustav Möller, Seligenthal b. Schmalkalden;** die des Kassierers: **August Tag, Schmalkalden, Reitersgasse 19.** Dort müssen die Hülfskassierer den „Grundstein" abholen. [ℳ 1,80]

Lychen.

Unser Kassierer **Karl Zöllner** wohnt **Fürstenbergerstraße 102.** [ℳ 1,20]

Jüterbog.

Beiträge werden jeden **Sonntag nach dem Monatsersten** von **9½** bis **11½** Uhr im **Vereinslokal** vom Hülfskassierer **G. Hermann** entgegengenommen. **Der Vorstand.**

[ℳ 1,80]

Hof.

Den zugereisten Kollegen zur Kenntnis, daß sie sich jeden **Donnerstag von 6—8 Uhr Abends** im **„Deutschen Haus", Marienstr. 37,** anmelden können, weil um diese Zeit der Vorstand des Zweigvereins dort anwesend ist.

Völkershausen.

Sonntag, den 12. August, feiert der Zweigverein sein

Stiftungsfest.

Sämtliche Kollegen aus Vacha und die aus den umliegenden Ortschaften, die zum Zweigverein Völkershausen gehören, sind hierzu eingeladen. [ℳ 2,70] **Der Vorstand.**

Crossen a. d. Oder.

Sonnabend, den 18. August:

Sommervergnügen

im **„Schützenhaus".**

Sämtliche Kollegen von Crossen und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [ℳ 2,70] **Das Komitee.**

Salzwedel.

Sonnabend, den 11. August 1906:

*** Stiftungsfest ***

im Lokale des Herrn **Werner.**

Nachmittags 3 Uhr Kinderbelustigungen. Abends Ball.

Sämtliche Kollegen sind mit ihren Familien hierzu freundlichst eingeladen. [ℳ 3,30] **Der Vorstand.**

Stendal.

Der Zweigverein feiert am **19. August,** von **Nachmittags 3 Uhr** an in den Räumen des **„Sandgarten"** sein

Zehnjähriges Stiftungsfest

verbunden mit **Konzert, Kinderbelustigungen** und Abends **Theater** und **Ball** unter Mitwirkung der Volkssängergesellschaft **B. Strzelewitz** aus Berlin.

Sämtliche Kollegen von Stendal und Umgegend mit ihren Familien sind hiermit freundlichst eingeladen.

[ℳ 3,60] **Das Festkomitee.**

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 11. August.

Elmshorn. Abends 8 Uhr bei C. Mizer.

Sonntag, den 12. August.

Driesen. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Seesen. Nachm. 3 Uhr in „Stadt Braunschweig". Die Ortschaftsführer müssen erscheinen.

Würzburg. Vorm. 9½ Uhr im „Malteser Ritter". Mitgliedsbücher mitbringen.

Dienstag, den 14. August.

Liegnitz. Abends 8½ Uhr. Vortrag über: „Privat- und Gesellschaftsbesitz".

Mittwoch, den 15. August.

Berlin. (Bezirk Moabit.) Abends 8½ Uhr bei H. Peters, L.-O.: 1. Vortrag. 2. Bericht der Statutenberatungskommission. 3. Verschiedenes. (Gruppe Rabitzspanner.) Abends 8½ Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10. Vortrag: „Kirchliche Erziehung". Referent: Gen. Mietsfe. Diskussion.

Freitag, den 17. August.

Bünde. Abends 7½ Uhr im Verbandslokal.

Sonnabend, den 18. August.

Aken. Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 19. August.

Berlin. (Gruppe Zementierer.) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1. Vortrag.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr im „Schloßkeller".

Jessen. Nachm. 3 Uhr Besprechung in der Wohnung des Kollegen Wilh. Kloß.

Neuhaldensleben. Nachm. 3 Uhr bei Herzog.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.